

# EXTRABLATT

der Schweizerischen Volkspartei • [www.svp.ch](http://www.svp.ch) • Ausgabe September 2015



## Zuwanderung begrenzen 3

Interview mit Roger Köppel zu Wohlstand, Wachstum und Begrenzung der Zuwanderung in die Schweiz.



## EU-Anschluss verhindern 5

Der Bundesrat ist bereit, automatisch EU-Recht und fremde Richter zu übernehmen. Ein gefährlicher Weg.



## Asyl-Chaos stoppen 9

Die Sogwirkung der laschen Politik auf illegale und Wirtschaftsmigranten ist riesig. Jetzt muss gehandelt werden.



**Nationalratswahlen**  
Wie wähle ich richtig? Seite 18

## Frei bleiben – SVP wählen

**Die SVP will unser schönes und einmaliges Land erhalten: persönliche Freiheit, Wohlstand, Sicherheit und einen intakten Lebensraum. Diese Errungenschaften sind heute in Gefahr: durch eine masslose Zuwanderung, Gewalt und Kriminalität im Alltag, das wachsende Risiko terroristischer Anschläge, aber auch durch den Drang von Politikern, die Schweiz in die EU zu führen. Wer will, dass die Schweiz Schweiz bleibt, geht bei den eidgenössischen Wahlen an die Urne – und wählt SVP.**

Eine Zuwanderung von über 80'000 Personen – was der Bevölkerung der Stadt Luzern entspricht – pro Jahr ist für unser Land nicht zu verkraften. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben entschieden, dass dies nicht so weiter gehen darf, weil die Schweiz ansonsten bereits in wenigen Jahren 10 Millionen Einwohner zählt, zubetoniert und überfüllt ist. Wer will, dass dieser Volksentscheid zur Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung endlich umgesetzt wird, muss Politikerinnen und Politiker ins Parlament entsenden, welche dieses Ziel ebenfalls verfolgen. Auch die Ausschaffung krimineller Ausländer ist fast 5 Jahre nach Annahme der Ausschaffungsinitiative nicht umgesetzt. Der Grund: Ausser den SVP-Vertretern im eidgenössischen Parlament sträuben sich alle Politiker, Kriminelle auszuweisen. Dank der SVP-Durchsetzungsinitiative kann es nun das Volk

im kommenden Jahr nochmals richten und den Politikern den Weg weisen. Schneller ginge es, wenn im Bundeshaus die richtigen Volksvertreterinnen und Volksvertreter sitzen würden. Deshalb sind Wahlen wichtig.

Ungeachtet des Chaos in der EU mit Griechenland, schwacher Währung, offenen Grenzen für Migranten aus der ganzen Welt und zentralistischer Arroganz, wollen Bundesrat und Parlament die Schweiz schleichend der EU anschliessen. Über ein sogenanntes institutionelles Rahmenabkommen soll unser Land zwingend das EU-Recht übernehmen, und die Schweiz soll sich dem Gerichtshof der Europäischen Union unterstellen. Wer das verhindern will, hat nur eine Wahl: bei den National- und Ständeratswahlen am 18. Oktober 2015 an die Urne gehen und SVP wählen.

## Kommentar

### Sie haben die Wahl

Am 18. Oktober können die Schweizerinnen und Schweizer das eidgenössische Parlament neu wählen. Haben Sie an den letzten Wahlen teilgenommen? Gehen Sie vielleicht nur bei Sachabstimmungen an die Urne? Oder haben Sie genug, da die in Bern sowieso machen, was sie wollen? Überlegen Sie es sich gut. Jede zusätzliche Stimme entscheidet im Parlament über Erfolg und Nichterfolg Ihrer Anliegen in ausländer- und europapolitischen Fragen.

Bereiten Ihnen die grenzenlose Einwanderung, die jährlich 30'000 Asylsuchenden, welche in der Schweiz ein besseres Leben suchen, die damit zusammenhängenden Missbräuche im Sozialwesen oder die ausufernde Kriminalität Sorge? Auch dann sollten Sie am 18. Oktober wählen gehen. Die SVP ist die einzige Partei, die die Zuwanderung begrenzen und mit den Missbräuchen im Asylwesen aufräumen will. Wählen Sie eine andere Partei, wird die Politik der masslosen Zuwanderung und des Schönredens weitergehen.

In den letzten vier Jahren waren die Mehrheiten im Parlament und in der Regierung mitte-links. Nicht genehme Volksentscheide werden nicht beachtet. So bei der Begrenzung der Zuwanderung, der Ausschaffung krimineller Ausländer, der Verwahrung gefährlicher Straftäter, oder dass Pädophile nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen. Mitte-Links hat auch beschlossen, dass sich die Schweiz noch stärker in die EU einbinden lassen soll und wir auf unser selbstbestimmtes Recht verzichten sollen. Wenn Sie diese Mehrheitsverhältnisse im Parlament korrigieren wollen, gehen Sie an die Urne. Wenn Sie wollen, dass die Schweiz ein eigenständiges und freies Land bleibt, haben Sie am 18. Oktober nur eine Wahl: SVP.



*Toni Brunner*

Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz

## Liste 3

### eine gute Wahl

Die Baselbieter Kandidatinnen und Kandidaten ab Seite 11

In den Nationalrat.

[www.svp-bl.ch](http://www.svp-bl.ch)

## Es braucht neue Mehrheiten im Parlament

Die Mehrheiten im eidgenössischen Parlament lagen in den letzten vier Jahren oft mitte-links. SVP und FDP halten im Nationalrat derzeit 87 Sitze. Zählt man je nach Thema noch einzelne Vertreter der Mitte-Parteien zum bürgerlichen Lager, reicht es noch immer nicht für die notwendigen 101 Stimmen, um eine sichere Mehrheit zu bilden.

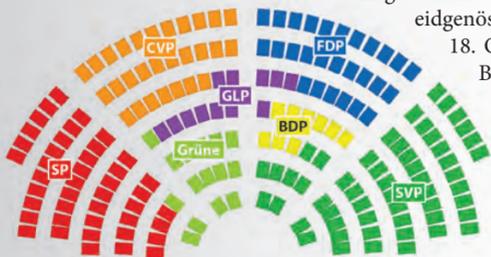


Adrian Amstutz, Fraktionspräsident, Sigriswil (BE)

Im Ständerat sieht es noch problematischer aus, weil die SVP über zu wenige Sitze verfügt. Das heisst konkret, dass unter der Führung der linken Parteien massgebliche Weichen in Richtung mehr Staat, zusätzliche Ausgaben, weniger Freiheit, weni-

ger Sicherheit und einer grenzenlosen Zuwanderung gestellt wurden. Das ist auch der Grund, weshalb die SVP in den letzten Jahren gezwungen war, in wichtigen Fragen zu Volksinitiativen zu greifen, z.B. im Bereich der Masseneinwanderung, der Ausschaffung krimineller Ausländer oder der rechtlichen Selbstbestimmung der Schweiz.

Um auf breiter Front etwas zu bewegen, ist es jedoch entscheidend, dass die Mehrheiten im Parlament wieder in Richtung Mitte-Rechts kippen. Dazu bräuchte es nur wenige Sitze, die vom linken ins rechte Lager wechseln. Deshalb sind die eidgenössischen Wahlen vom 18. Oktober von zentraler Bedeutung.



Sitzverteilung im Nationalrat

### 02.06.2015: Aufblähung der staatlichen Kulturförderung



Der Bundesrat wollte die Kulturförderung für die kommenden vier Jahre auf über 1,1 Milliarden Franken anheben. Die SVP sprach sich für Masshalten und die Beibehaltung auf dem bisherigen Stand aus, was von einer satten Mitte-Links-Mehrheit abgelehnt wurde.

### 14.12.2012: Ausbau der Bürokratie über flankierende Massnahmen



Statt die Zuwanderung zu begrenzen, hat Mitte-Links massive Eingriffe in den flexiblen Arbeitsmarkt beschlossen, welche zu mehr Bürokratie, Kontrollen und staatlichen Eingriffen führen.

### 06.05.2015: Ausgabenexplosion beim Bund



SVP und FDP wollten die ausufernden Bundesausgaben (Verdoppelung seit 1990) auf dem Stand von 2014 plafonieren (64 Milliarden Franken). Die Parlamentsmehrheit will den Staat weiter ausbauen. Ein vermittelnder Antrag wurde im Nationalrat mit nur acht Stimmen Unterschied abgelehnt.

### 05.06.2012: Massive Aufstockung der Entwicklungshilfe



Eine masslose Aufstockung der Entwicklungs- und Auslandshilfe auf jährlich rund 3 Milliarden Franken wurde von beiden Räten gegen den Widerstand der SVP einfach durchgewunken.

# Wir dürfen unsere Identität nicht aufgeben

Die massive Zuwanderung führt früher oder später zu grossen Spannungen, denn fremde Kulturen können nicht unbegrenzt integriert werden. Die Zuwanderung hat Auswirkungen auf die Stimmung am Arbeitsplatz, auf die Schulen, aber auch auf unsere gelebte Kultur.



Die Zuwanderung von netto 80'000 Personen pro Jahr führt früher oder später zu grossen Spannungen. Fremde Kulturen können nicht unbegrenzt integriert werden.

Es ist eine historische Leistung, dass die Schweiz als Land von vier Sprachen und unterschiedlichen Kulturen eine starke nationale Identität und einen inneren Zusammenhalt entwickelt hat. Eine eigentliche Gefahr für den Zusammenhalt des Landes geht jedoch von einer masslosen Zuwanderung aus. Rund 750'000 Personen sind in den letzten zehn Jahren netto in die Schweiz eingewandert. Geht die Entwicklung so weiter, wird die Bevölkerung der Schweiz in 20 Jahren zur Hälfte aus Ausländern und Eingebürgerten bestehen.

des islamischen Glaubens in unserem Land. Gesichtverschleierung, die Forderung nach muslimischen Friedhöfen oder nach einer Anerkennung als Landeskirche führen schon jetzt zu Diskussionen und Spannungen. Schulklassen, in denen es ausschliesslich ausländische Kinder gibt, oder Ortschaften, die bereits heute einen Ausländeranteil von mehr als 50% haben, sind eine Realität. Ein Kulturwandel findet auch am Arbeitsplatz statt, z.B. über ausländische Chefs, welche Kaderstellen wiederum mit ihren Landsleuten besetzen.

sicht, stellen Gewohnheiten um, verzichten auf kulturelle Eigenheiten, um andere nicht vor den Kopf zu stossen. Auch hier sollten wir Gegensteuer geben. Damit die Schweiz Schweiz bleibt.



Walter Wobmann, Nationalrat und Ständeratskandidat, Gretzenbach (SO)

### Auswirkungen auf alle Lebensbereiche

Bereits heute spüren wir beispielsweise die Auswirkungen der Ausbreitung

### Wir passen uns an

Die vielleicht grösste Veränderung findet aber in unseren Köpfen statt. Wir passen uns an, nehmen Rück-

## Soziale Sicherheit in Gefahr

46% der Arbeitslosen und der Sozialhilfebezügler sind heute Ausländer. Dieser Wert ist doppelt so hoch wie der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung. Durch die Masseneinwanderung tickt in unseren Sozialwerken eine Zeitbombe.



Jürg Stahl, Nationalrat und Mitglied Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit, Brütten (ZH)

Nach und nach muss auch der Bundesrat zugeben, dass die Folgen einer masslosen Einwanderung für unsere Sozialwerke kaum abzusehen sind. Während beispielsweise die AHV

heute durch die massive Zuwanderung noch zusätzliche Beitragszahler erhält, ist auch für den Bundesrat klar, dass «dieser Zufluss jedoch zu zukünftigen Rentenansprüchen» führt. Oder anders ausgedrückt: Die AHV kann nicht langfristig durch ein Schneeballprinzip finanziert werden.

ren EU-Bürger anteilmässig nur noch 80% der von ihnen bezogenen Leistungen selbst. Personen aus Nicht-EU-Ländern beziehen prozentual gar dreimal mehr Leistungen, als von ihnen einbezahlt werden. Eine Verschlechterung der Wirtschaftslage könnte diesen Zustand rasch verschärfen.

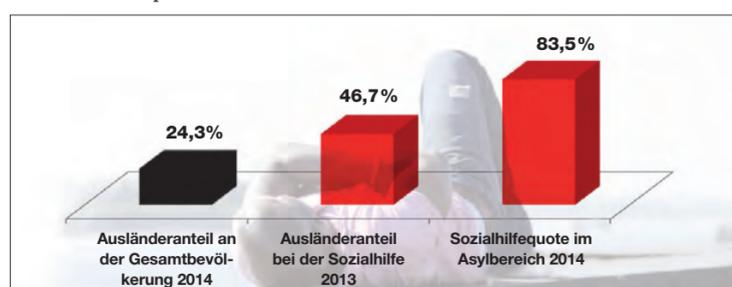
### Belastete Arbeitslosenversicherung

Bei der Arbeitslosenversicherung sind bereits heute die belastenden Effekte der Zuwanderung zu spüren. Während die Schweizerinnen und Schweizer insgesamt deutlich mehr einzahlen als sie beziehen, finanziere-

### Pulverfass Sozialhilfe

Hoch problematisch ist schliesslich die Situation im Bereich der Sozialhilfe, deren Kosten sich zwischen 2003 und 2012 auf 2,4 Milliarden Franken verdoppelt haben. Hier schlägt insbesondere die hohe Sozialhilfequote im Asylbereich zu Buche. Über 83% der Personen im Asylbereich beziehen Sozialhilfe.

In einzelnen Bevölkerungsgruppen, wie den Eritreern, steigt dieser Wert auf über 90%. Diese Personen werden kaum je eine Arbeit finden und langfristig die Finanzen der Gemeinden massiv belasten, was zu Steuererhöhungen und sozialen Spannungen führen wird.



Ausländer in der Schweiz beziehen doppelt so oft Sozialhilfe, 8 von 10 Personen im Asylbereich beziehen ebenfalls Sozialhilfe.

### Impressum

EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 2'943'992  
Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58  
Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations, 8450 Andelfingen | Bildquellen: iStockphoto, admin.ch, AZ, parlament.ch, Swisspanorama.ch, Anita Troller (InterConnections Zürich), SVP Schweiz | Karikaturen: Martin Guhl | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG. Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

# Die Schweiz nicht zubetonieren

Jede Sekunde gehen in der Schweiz 1,1 Quadratmeter Kulturland verloren. Umgerechnet auf ein Jahr entspricht das einer Fläche von sage und schreibe 4500 Fussballfeldern. Ein Haupttreiber für die Ausdehnung der überbauten Fläche ist die Zuwanderung. Nur wenn wir auch hier Mass halten, können wir unseren Lebensraum erhalten.



Hannes Germann, Ständerat, Opfertshofen (SH)

Die aktuelle Masseneinwanderung von 80'000 Personen netto pro Jahr führt zu einem Bedarf von jährlich rund 35'000 Wohnungen, ebenso müssen die Infrastrukturen (Stras-

sen, Schienen, Schulhäuser, Energieversorgung, Wasser, Abwasser usw.) an diese Entwicklung angepasst werden.

Drei Viertel unserer Fläche sind unproduktiv. Die explodierende Zunahme der Einwanderung geht somit insbesondere auf Kosten unserer landwirtschaftlichen Nutzfläche. Vielerorts gleicht das Mittelland mehr und mehr einem durchgehenden Siedlungsraum. Der natürliche Lebensraum ist eine wichtige Grundlage für die Lebensqualität, aber auch für die Versorgung unseres Landes mit Lebensmitteln. Wir sollten auch unseren Kindern und Enkeln noch etwas von der Schönheit und Einzigartigkeit unseres Landes übrig lassen.

# Kriminelle Ausländer endlich ausschaffen

Vor fast fünf Jahren – im November 2010 – sagten Volk und Stände Ja zur Ausschaffungsinitiative. Ausländer, welche wegen einer schweren Straftat verurteilt worden sind, sollen die Schweiz verlassen müssen. Trotz des klaren Entscheids wollen Bundesrat und Parlament die Initiative bis heute nicht umsetzen. Jetzt muss das Volk noch einmal an die Urne.

Seit Annahme der Ausschaffungsinitiative hält die Verfassung fest, dass ausländische Straftäter, welche wegen eines schweren Gewalt- oder Sexualdelikts, Drogenhandels, Einbruchs oder Sozialhilfe-Missbrauchs verurteilt wurden, nach Verbüßung ihrer Strafe die Schweiz verlassen müssen und eine Einreiseperrre erhalten. Das Mitte-Links-Parlament hat nun aber ein völlig wirkungsloses Ausführungsgesetz erlassen.

## Sicherheit wird vernachlässigt

Statt einer konsequenten Umsetzung der Ausschaffungsinitiative wollen Bundesrat und Mitte-Links-Parteien eine sog. «Härtefallklausel». So finden die Richter immer eine Begründung, weshalb der Straftäter nicht gehen muss:

## Rund die Hälfte aller Straftäter sind Ausländer!

Tötungsdelikte (StGB Art. 111–114):	<b>57,7% Ausländer</b>
Schwere Körperverletzung (StGB Art. 122):	<b>50,0% Ausländer</b>
Einbruchdiebstahl (StGB Art. 139):	<b>73,1% Ausländer</b>
Vergewaltigung (StGB Art. 190):	<b>61,4% Ausländer</b>
Menschenhandel (StGB Art. 182):	<b>95,7% Ausländer</b>
Freiheitsberaubung/Entführung (Art. 183):	<b>52,6% Ausländer</b>

Quelle: BFS, polizeilich registrierte Beschuldigte 2014

Drogendealer X habe ein Kind in der Schweiz (auch wenn er sich noch nie um dieses gekümmert hat), Mörder Y sei schon ein paar Jahre in der Schweiz und deshalb integriert, er habe im Gefängnis grosse Fortschritte in der deutschen Sprache gemacht usw.

Derzeit werden nur etwa 500 kriminelle Ausländer pro Jahr in ihre Heimat zurückgeschickt. Eine beängstigend kleine Zahl, wenn man sich die Statistik der Expertengruppe des Bundes vor Augen führt: Nach dem Deliktskatalog der Initiative müssten jedes Jahr rund 16'000 ausländische Straftäter unser Land verlassen. Rund die Hälfte – also ca. 8'000 Täter – sind illegal in der Schweiz. Diese Zahlen verdeutlichen das enorme Risiko, welches die bisherige Ausweisungspraxis für die öffentliche Sicherheit in unserem Land bedeutet.

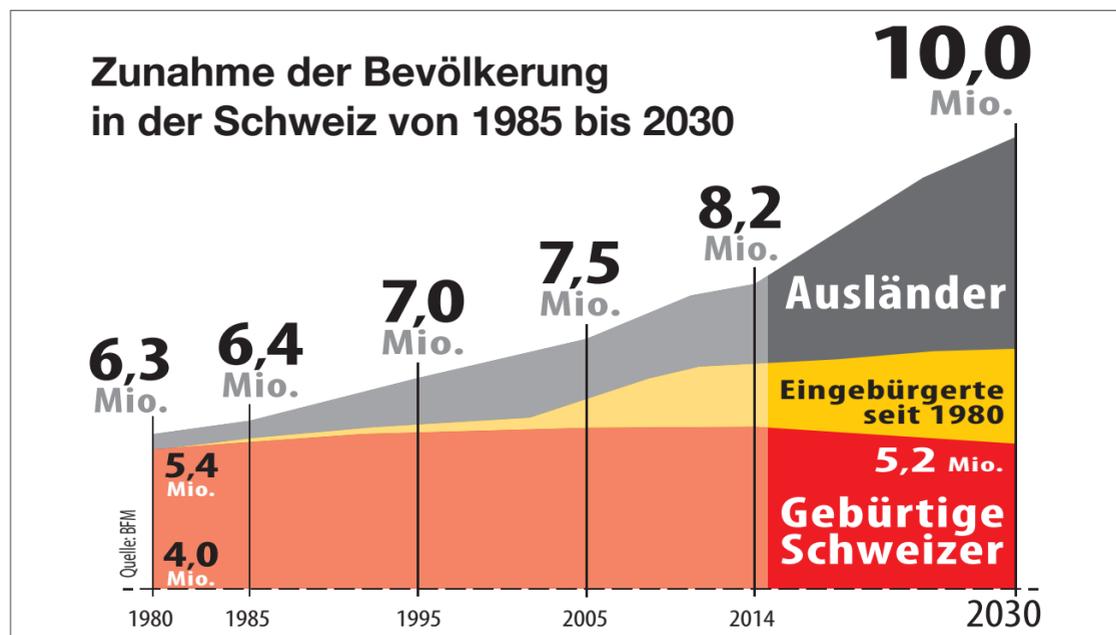
der erzwingen müssen. Die Initiative umfasst einen Deliktskatalog, der in der Bundesverfassung festgehalten und direkt anwendbar ist. So kann sich der Souverän endlich gegen die Behörden und Politiker durchsetzen, welche seit Jahren die Arbeit verweigern.



Natalie Rickli, Nationalrätin, Winterthur (ZH)

## Durchsetzungs-Initiative

Im Jahr 2016 wird das Volk an der Urne mit der Durchsetzungs-Initiative die Ausschaffung krimineller Auslän-



Rund 750'000 Personen sind in den letzten zehn Jahren netto in die Schweiz eingewandert. Geht die Entwicklung so weiter, wird die Bevölkerung der Schweiz 2030 zur Hälfte aus Ausländern und Eingebürgerten bestehen.

# Wie viel Zuwanderung verträgt die Schweiz?

Roger Köppel, Chefredaktor der Weltwoche im Interview mit dem Extrablatt zum Wohlstand, Wachstum und zur Umsetzung des Verfassungsauftrages zur Begrenzung der Zuwanderung. Er will nicht mehr länger von aussen beobachten, wie in Bern das Erfolgsmodell Schweiz demontiert wird. Es ist Zeit, aktiv Partei zu nehmen – für die Schweiz.

## Braucht die Schweiz wirtschaftliches Wachstum?

Roger Köppel: Ja. Die Schweiz ist ein Land ohne Bodenschätze und Kolonien. Sie lebt ausschliesslich vom Fleiss, von der Tüchtigkeit und von der Innovationskraft der hier arbeitenden Menschen und Unternehmen im Rahmen einer möglichst freien Wirtschaftsordnung.

## Hängt dieses Wachstum von der Zuwanderung ab?

Nein. Aber eine massvolle und nach den richtigen Kriterien gesteuerte Zuwanderung ist im wirtschaftlichen Interesse der Schweiz. Was wir jetzt haben, eine unkontrollierte Massenzuwanderung, schadet der Schweiz, auch der Wirtschaft.

## Gehört zu einer liberalen Politik nicht auch die Personenfreizügigkeit?

Nein. Die Personenfreizügigkeit ist eine Fehlkonstruktion wie der Euro.

## Welche Folgen erwarten Sie, wenn sich die Zuwanderung im Ausmass der letzten Jahre fortsetzt?

Mehr Kriminalität, mehr Arbeitslosig-

keit, mehr Verkehrsüberlastung, höher verschuldete Sozialwerke, mehr Überbauung, mehr Stress und Unzufriedenheit bei den Schweizerinnen und Schweizern, weniger Produktivität und weniger Wohlstand.

## Weshalb tut sich die Politik so schwer, den Volksentscheid vom 9. Februar 2014 umzusetzen?

Die Politiker wollten diesen Entscheid von Anfang an nicht. Der Bundesrat und eine Mehrheit in Bern bekämpften ihn massiv. Jetzt setzen sie alles daran, damit er nicht umgesetzt wird – neuerdings machen auch die Wirtschaftsverbände mit im Kampf gegen die SVP. Dahinter stecken kurzfristige Machtinteressen und Eigennutz. Die Personenfreizügigkeit bringt billige Arbeitskräfte für die Wirtschaft. Der Bundesrat steht wie das Parlament Mitte-Links. Man will näher an die EU ran, weil in der EU die Politiker das Sagen haben und nicht die Bürger. Die Politiker wollen sich aus der unbequemen direkten Demokratie befreien. Deshalb strebt der Bundesrat einen EU-«Rahmenvertrag»

an, der die Schweiz europäischem Recht und europäischen Richtern unterstellen würde.

## Was tun wir, wenn die EU nicht über eine Anpassung der Personenfreizügigkeit verhandeln will?

Umsetzen! Der Zeitpunkt ist günstig. Die EU hat viele Probleme. Ich glaube nicht, dass die EU jetzt auch noch das letzte Land in Europa kaputt machen will, das seine Rechnungen gegenüber der EU pünktlich bezahlt – ohne, dass man ihm vorher einen Milliardenkredit geben muss.

## Wohin bewegt sich die Schweiz in den nächsten Jahren?

In Bern dominiert parteiübergreifend die Linke. Links heisst: Immer mehr Staat, immer mehr Steuern und Abgaben, immer mehr EU und immer mehr unkontrollierte Zuwanderung, legal und illegal. Ich bleibe aber optimistisch. Ich glaube und hoffe, dass die Bürgerlichen in den nächsten Wahlen zulegen werden. Die SVP ist der Fels in der Brandung.

## Was ist Ihre Motivation, in die Politik einzusteigen?

Schreiben allein genügt nicht mehr. Ich kann nicht länger von aussen beobachten, wie in Bern das Erfolgsmodell Schweiz demontiert wird. Es ist Zeit, aktiv Partei zu nehmen – für die Schweiz.

## Was, glauben Sie, können Sie in Bern bewegen?

Ich stehe zur Schweiz. Ich verteidige die

Schweiz als Journalist, auch gegenüber Angriffen aus dem Ausland, etwa im deutschen Fernsehen. Sollte ich gewählt werden – was noch ein weiter Weg ist, – werde ich meine Stärken dafür einsetzen, dass die Schweiz nicht an die EU verschenkt und kaputt gemacht wird. Ich möchte mich auch für eine verbesserte bürgerliche Zusammenarbeit einsetzen. Man muss die kleinkarierten Empfindlichkeiten zurückstellen. Es geht um die Schweiz.

## Roger Köppel

- ▶ Nationalratskandidat Zürich
- ▶ Chefredaktor und Verleger der Weltwoche
- ▶ Medienunternehmer und Publizist
- ▶ verheiratet, 3 Kinder
- ▶ Jahrgang 1965, wohnhaft in Küsnacht (ZH)



# Bilaterale: Ja, aber nicht um jeden Preis

Die Schweiz ist eine der offensten Volkswirtschaften der Welt. Ein enger Austausch mit dem Nachbar EU stellt dabei eine Selbstverständlichkeit dar. Die bilateralen Beziehungen müssen aber stets auf Augenhöhe und im gegenseitigen Interesse stattfinden. Und sie sind kein Selbstzweck, wie man das in der aktuellen Debatte bisweilen meinen könnte.



«Es wäre für die Schweiz geradezu selbstzerstörerisch, für einzelne Verträge mit der EU Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und den politischen Handlungsspielraum aufzugeben.»

Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer, Meilen (ZH)

Die Schweiz ist mit der EU über nicht weniger als 283 bilaterale Verträge verbunden, welche verschiedenste Bereiche regeln, angefangen vom Freihandelsabkommen von 1972 bis zum Abkommen über den automatischen Informationsaustausch, das noch nicht einmal vom Parlament beraten wurde. Im Fokus stehen derzeit die sieben Verträge des Paketes Bilaterale I, welche 1999 abgeschlossen wurden. Volk und Stände haben im vergangenen Jahr beschlossen, dass aus diesem Paket das Abkommen über die Personenfreizügigkeit nicht mehr in der bisherigen Form weitergeführt werden soll, weil die Auswirkungen für die Schweiz mit zu grossen Nachteilen verbunden sind. Die Masseneinwanderung von jährlich rund 80'000 Personen belastet die Volkswirtschaft, Infrastrukturen, das Landschaftsbild und die Lebensqualität in zunehmendem Mass.

## Keine Abschottung

Die anderen sechs Verträge des Paketes Bilaterale I betreffen den Landverkehr, den Luftverkehr, die technischen Handelshemmnisse, das öffentliche

Beschaffungswesen, die Landwirtschaft und die Forschung. Diese Verträge können aus Sicht der Schweiz weitergeführt werden, sie sind aber nicht alle gleich wichtig für die Schweiz. So ist das Landverkehrsabkommen vor allem für die EU von grosser Bedeutung. Es darf zudem nicht vergessen werden, dass das Personenfreizügigkeitsabkommen seinerzeit nicht dem Wunsch der Schweiz entsprach. Die Schweiz kann gut auf ein solches Abkommen verzichten, falls kein neues ausgehandelt werden kann, da sie die gewünschten Arbeitskräfte aus dem Ausland jederzeit rekrutieren kann, falls der inländische Arbeitsmarkt die Bedürfnisse der Wirtschaft nicht vollumfänglich befriedigt.

## Auf die eigenen Stärken vertrauen

Da die Abkommen der Bilateralen I miteinander verknüpft sind, stellt sich die Frage, was geschieht, wenn das Personenfreizügigkeitsabkommen dahinfallen würde. Betroffen wären dadurch in erster Linie nur die erwähnten sechs der insgesamt 283 Ab-

kommen. Ob die EU auf diese Abkommen verzichten möchte, ist zudem fraglich. Die Schweiz gehört auch für die EU zu den wichtigsten Handelspartnern. Sie exportiert mehr in die Schweiz, als unsere Wirtschaft in den EU-Raum. Die Unternehmen in der EU wollen den Absatzmarkt Schweiz unter keinen Umständen verlieren. Zudem ist der grenzüberschreitende Handel primär durch die Regeln der Welthandelsorganisation WTO und des Freihandelsabkommens abgesichert.

## Beziehungen zur EU nicht überhöhen

Es wird also in jedem Fall einen pragmatischen Weg geben. Die EU ist ein wichtiger Handelspartner. Die Schweizer Wirtschaft muss sich aber global ausrichten und sollte sich nicht in einseitige Abhängigkeiten begeben. Das zeigt derzeit gerade die Euro-Krise. Zudem wäre es geradezu selbstzerstörerisch, für einzelne Verträge Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und den politischen Handlungsspielraum aufzugeben.

## Frei bleiben – ohne EU

Unabhängigkeit und Selbstbestimmung verschafften der Schweiz bis heute die notwendigen Standortvorteile; ein Grund für unseren wirtschaftlichen Erfolg und unseren Wohlstand. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, dürfen wir uns auf keinen Fall durch neue Verträge von der EU fremdbestimmen lassen.



Nadja Pieren, Nationalrätin, Burgdorf (BE)

«Als weltoffenes Nicht-EU-Mitglied ist die Schweiz ideal positioniert.»

Im Vergleich zu den EU-Ländern geht es der Schweiz sehr gut. Den Erfolg der vergangenen Jahrzehnte verdanken wir dem Umstand, dass wir als weltoffenes Nicht-EU-Mitglied immer selber über uns bestimmen durften. Unsere gelebte direkte Demokratie, der Föderalismus und ein ausgeprägter Sinn für persönliche und unternehmerische Freiheit verleihen dem Standort Schweiz seine Einzigartigkeit.

## Selbstbestimmung erhalten

Auf Druck von aussen, aber auch durch politische Opportunisten im eigenen Land wurden in den vergangenen Jahren Standortvorteile, welche die Schweiz für Arbeitsplätze, Investitionen und Innovationen attraktiv machten, abgebaut. Wichtige Qualitäten wie die Privatsphäre, ein flexibler Arbeitsmarkt und ein schlanker Staat werden von Mitte-Links in Frage gestellt und sogar leichtfertig aufgegeben: ein Weg in die falsche Richtung, weil dadurch die Wirtschaft und die Selbstbestimmung im eigenen Land geschwächt werden.

## Eigene Rechte beschnitten

Die wohl verhängnisvollste Entwicklung ist die schleichende Aufgabe unserer rechtlichen und politischen Selbstbestimmung. Wir geben Kompetenzen an internationale Organisationen und Gerichte ab. Dynamische Verträge mit der EU, Konventionen und Richtlinien im Bereich des Europarats, der UNO oder der OECD schwächen unsere direkte Demokratie, also die Selbstbestimmung durch den Souverän, das Volk und die Stände. Die eigenständige Rechtsentwicklung der Schweiz wird immer mehr eingengt.

## Selbstbestimmungsinitiative

Die Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)» gibt hier Gegensteuer. Sie sichert der Schweiz auch in Zukunft Entscheidungen durch das Volk und eine rechtliche Selbstbestimmung. Das ist unerlässlich für die Sicherung des Erfolgsmodells Schweiz.

Jetzt unterschreiben!

[www.selbstbestimmungsinitiative.ch](http://www.selbstbestimmungsinitiative.ch)



«Denn hier bestimmen wir!»



## Hansjörg Knecht

- Nationalrat und Ständeratskandidat Kanton AG
- Geschäftsführer und Mitinhaber der Knecht Mühle AG, Leibstadt
- Jahrgang 1960
- wohnhaft in Leibstadt
- verheiratet mit Rita



«In der direkten Schweizer Demokratie ist das Volk der Chef. Das hat sich bewährt. Volksvertreter sind keine Könige, sie sind «Knechte» des Volkes.»

Als Unternehmer weiss Hansjörg Knecht, dass es noch viel Spielraum gibt, den Werkplatz zu entlasten und damit Arbeitsplätze in der Schweiz zu sichern.

Die Knecht Mühle AG – ein unabhängiger Familienbetrieb – ist in der Schweiz eine bedeutende Weizen- und Spezialmühle mit eigener Getreidesammelstelle. Im 24-Stunden-Betrieb werden vollautomatisch erstklassige Mehle für das tägliche Brot von über 300'000 Menschen produziert.

# EU-Politik des Bundesrates mit gezinkten Karten

Welchen Zielen die schweizerische Aussenpolitik zu dienen hat, ist in Artikel 2 der Bundesverfassung festgeschrieben: «Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes.» Das Volk und dessen Vertreter im National- und Ständerat haben die Aussenpolitik des Bundesrates zu kontrollieren.



Lukas Reimann, Nationalrat, Wil (SG)

Wie sieht heute die aussenpolitische Realität aus? Die Schweiz befindet sich in einer Phase schleichender Preisgabe von Souveränität, Volksrechten und Neutralität. Seit 1992 liegt in Brüssel ein Gesuch um Verhandlungen über einen Beitritt der Schweiz zur EU. Der Bundesrat hat den EU-Beitritt zum «strategischen Ziel» erklärt. Dieses Ziel der bundesrätlichen EU-Politik wird bewusst verschleiert. Bern ist sogar bereit, die «dynamische Rechtsentwicklung» der EU widerspruchslos zu übernehmen und sich von Brüssel freiwillig einen Kolonialvertrag zur Unter-

schrift diktieren zu lassen. Das sei zwingend und dringend nötig, um den erfolgreichen «bilateralen Weg» weiter beschreiten zu können, wird fabuliert.

**Gesamtpaket mit Sprengstoff...**  
Die SVP unterstützt Verträge mit der EU nur, wenn diese die Interessen der Schweiz wahren und keine

«dynamische» oder «automatische» Übernahme künftigen Rechts beinhalten. Statt der Fixierung auf die EU wäre Weltoffenheit zur Teilnahme der Schweiz an den zukunfts-trächtigen Wachstumsmärkten ohnehin vielversprechender – und diese Märkte entwickeln sich heute hauptsächlich ausserhalb der EU. Ende Juni dieses Jahres verkündete

Aussenminister Didier Burkhalter, der Bundesrat habe nach einer europapolitischen Aussprache beschlossen, zur Umsetzung des Verfassungsauftrags vom 9. Februar 2014 zur Steuerung der Zuwanderung nur noch punktuelle Anpassungen an der EU-Personenfreizügigkeit anzustreben. Das soll in ein Gesamtpaket mitsamt einem insti-

tutionellen Rahmenabkommen mit der EU verpackt werden.

**Taschenspielertricks statt Klarheit**

Das sind Taschenspielertricks: Das Rahmenabkommen sieht nämlich die «dynamische» Übernahme von EU-Recht und in Auslegungs- und Streitfragen die Unterwerfung unter den EU-Gerichtshof (fremde Richter) vor.

Dass der Bundesrat erst nach den eidgenössischen Wahlen vom 18. Oktober dieses Jahres die Karten aufdecken will, ist reine Geheimniskrämerei aus wahltaktischen Überlegungen. Die SVP fordert den Bundesrat auf, Stimmbürgerschaft und Parlament zeitgerecht und umfassend über seine aussenpolitischen Absichten zu informieren.

Eine institutionelle Einbindung in die EU liegt nicht im Interesse der Schweiz, sondern ist eine Forderung der EU, um ihre Interessen und ihren Machtanspruch in der Schweiz umfassend durchzusetzen. Ein solcher Vertrag macht unser Land zu einem Satellitenstaat und führt faktisch zum EU-Anschluss. Das wäre die Selbstaufgabe der Schweiz. Die SVP wird alles daransetzen, dass der Bundesrat die Schweiz nicht in die EU führt.



Die Taschenspielertricks des Bundesrates: Das geplante Rahmenabkommen sieht nämlich die «dynamische» Übernahme von EU-Recht und in Auslegungs- und Streitfragen die Unterwerfung der Schweiz unter den EU-Gerichtshof (fremde Richter) vor.

## Rahmenvertrag ist für die Wirtschaft brandgefährlich

Der vom Bundesrat geplante Rahmenvertrag mit der EU zur institutionellen Einbindung der Schweiz birgt enorme Risiken für unsere Wirtschaft. Mit einer dynamischen Übernahme von EU-Recht und der Akzeptanz des EU-Gerichtshofes als oberstes Gremium bei der Auslegung des Rechts wird die inzwischen sozialistisch geprägte Regulierungsflut aus Brüssel ungebremst auf die Schweiz überschwappen. Dies bringt ungeahnte Staatsinterventionen und wirtschaftsfeindliche Bürokratie, in erster Linie zu Lasten unserer Unternehmen.

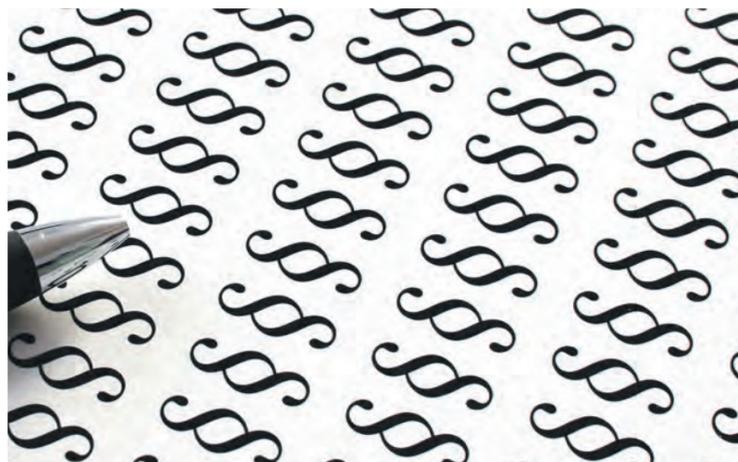


Jean-François Rime, Nationalrat und Präsident Schweizerischer Gewerbeverband, Bulle (FR)

Das neue Lebensmittelrecht zeigt, in welche Richtung sich diese dynamische Rechtsübernahme jetzt bewegt und noch in verstärktem Mass und auch in allen anderen wirtschaftspolitisch relevanten Bereichen entwickeln wird. Das neue Lebensmittelgesetz löst eine Regulierungswelle mit 29 Verordnungen aus. Mindestens 9 neue Verwaltungsstellen und zusätzliche Millioneninvestitionen im Bereich Informatik allein auf Stufe Bund sind die Konsequenz daraus. Jetzt können wir noch das Schlimmste verhindern und Korrekturen anbringen. Bei einer dynamischen Rechtsübernahme müsste die Schweiz aber zwingend das EU-Recht übernehmen. Die Wirtschaft wäre der Regulierungsflut aus Brüssel ungeschützt ausgeliefert.

Die Branchen werden bevormundet und gegängelt, der Bürokratieapparat weiter aufgebläht. Gleiches gilt allgemein unter den Schlagworten Konsumentenschutz, Umweltschutz oder Prävention. Das Gewerkschaftsrecht würde weiter ausgebaut. Solidarhaftungen, ausufernde Arbeitszeiterfassungspflichten und Ferienregulierungen, neue

Quotenregelungen, Lohndiskriminierungspolizei, die Möglichkeit von Sammelklagen, Unisextarife oder ein ausgedehnter Elternurlaub werden bei einer Anpassung an die EU die Wirtschaft zusätzlich belasten, die Freiheit der Bürger beschneiden, die Steuern in die Höhe treiben und unseren flexiblen Arbeitsmarkt zerstören.



Ein Rahmenvertrag mit der EU würde den Gesetzes- und Regulierungswahnsinn weiter ankurbeln. Dies verursacht nebst hohen Kosten mehr Arbeitslose in der Schweiz.



**Die EU entwickelt sich immer mehr zu einer Umverteilungsmaschine von reichen zu armen Ländern. Deshalb will die EU die wohlhabende Schweiz dabei haben!**

## Die SVP in Kürze

-  Wir zählen rund 90'000 Mitglieder.
-  Wir stehen für eine unabhängige, freiheitliche und neutrale Schweiz ein. Einen EU-Anschluss oder -Beitritt lehnen wir kategorisch ab.
-  Die SVP hat seit den letzten Nationalratswahlen 2011 in 19 von 24 Kantonen die Wahlen gewonnen. Das heisst, sie hat an Wählerstärke zugelegt und / oder zusätzliche Parlamentsmandate erzielen können.
-  Die SVP hat heute 54 Nationalratssitze und 5 Ständeratssitze und hofft, bei den Wahlen vom 18. Oktober 2015 diese Sitze mindestens halten zu können.

Mehr Infos unter: [www.svp.ch](http://www.svp.ch)

## Die SVP-Parteileitung 2014/2015



**TONI BRUNNER**  
Parteipräsident (SG)



**ADRIAN AMSTUTZ**  
Fraktionspräsident (BE)



**NADJA PIEREN**  
Vizepräsidentin (BE)



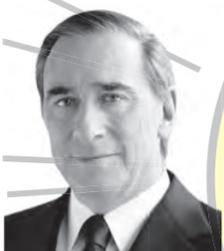
**OSKAR FREYSINGER**  
Vizepräsident (VS)



**LUZI STAMM**  
Vizepräsident (AG)



**CHRISTOPH BLOCHER**  
Vizepräsident (ZH)



**WALTER FREY**  
Vizepräsident (ZH)



**JUDITH UEBERSAX**  
Vizepräsidentin (SZ)



**CLAUDE-ALAIN VOIBLET**  
Vizepräsident (VD)

## Tradition hat einen Namen: SVP.



## Damit die Schweiz Schweiz bleibt.

Unabhängigkeit, Eigenständigkeit, direkte Demokratie, Neutralität und Föderalismus sind die Staatssäulen, die unsere Vorfahren erschaffen und erkämpft haben und die wir verteidigen. Dies im Wissen, dass es keine Freiheit ohne Sicherheit gibt.

Im Bundesbrief, am Beginn unserer Eidgenossenschaft, gelobten die Gründer unseres Landes ebenso, keine fremden Richter anzuerkennen.

Unsere Bundesverfassung nimmt in der Präambel auf, dass nur frei ist, wer seine Freiheit gebraucht, und dass die Stärke des Volkes sich am Wohl der Schwachen misst. In dieser Tradition versprechen die Kandidatinnen und Kandidaten der SVP gegenüber der Bevölkerung der Schweiz:

Wir wollen

-  keinen Anschluss an die EU und keine Anerkennung fremder Richter, damit wir selber unsere Geschicke bestimmen können;
-  die Zuwanderung begrenzen und keine 10-Millionen-Schweiz, damit wir weiterhin eine lebenswerte und intakte Heimat haben;
-  kriminelle Ausländer ausschaffen und die Missbräuche im Asylwesen bekämpfen, damit wir in Sicherheit leben können;
-  tiefe Steuern für alle und weniger staatliche Regulierungen, um Arbeitsplätze zu sichern.



Kandidatinnen und Kandidaten für den Nationalrat anlässlich des Wahlaufzuges mit Wahlversprechen in St. Luzisteig (GR) am 22. August 2015.



[www.svp.ch](http://www.svp.ch)

SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern, PC: 30-8828-5

**DESHALB AM 18. OKTOBER**  
**SVP WÄHLEN.**

## 2 Fragen an unseren Bundesrat Ueli Maurer:

### Wie schätzen Sie unser Verhältnis zur EU ein?

Es ist durch ein zentrales Missverständnis geprägt: Die EU versteht nicht, dass wir ein eigenständiges, unabhängiges Land bleiben wollen. Sie meint, wir wollen uns in die EU integrieren. Vielleicht machen wir ihr auch nicht immer genügend klar, dass das nicht unser Ziel ist. Sonst würde sie ja jetzt nicht fordern, dass wir uns ihrem Recht und ihren Richtern unterwerfen müssen. Damit würden wir unsere Unabhängigkeit aufgeben und wären faktisch ein Teil der EU.



Bundesrat Ueli Maurer, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)

### Wo orten Sie in der Schweiz den grössten Handlungsbedarf, wenn es um die Sicherheit geht?

Er besteht an zwei Orten: Zum einen bei der inneren Sicherheit; die Kriminalität beeinträchtigt unsere Lebensqualität mittlerweile erheblich. Viele Leute sind verunsichert. Unsere Bürger haben Anspruch darauf, dass sie an Leib, Leben und Eigentum geschützt werden. Hier muss etwas geschehen, unter anderem sind kriminelle Ausländer endlich konsequent auszuschaffen, so wie es das Volk beschlossen hat.

Zum andern müssen wir unsere Armee wieder so ausrüsten, dass sie in ganz verschiedenen Bedrohungssituationen die Sicherheit aufrechterhalten kann. Vergessen wir nicht, dass die Unsicherheit weltweit zunimmt. Staatszerfall im Nahen Osten und der Aufstieg des Islamischen Staates, verschärfte Ost-West-Spannungen und Krieg in der Ukraine, zunehmende islamistische Terrorgefahr...

# SVP bi dä Lüt

Von Chur bis Genf im Gespräch mit den Leuten auf der Strasse und an Messen.



## Ohne uns ...

... wäre die Schweiz Mitglied der Europäischen Union (EU)



... wären die Steuern, Abgaben und Bussen noch höher



... gäbe es noch mehr Missbrauch bei der Sozialhilfe



... würde die Masseneinwanderung unkontrolliert weitergehen



... würde die Ausschaffung krimineller Ausländer nicht einmal thematisiert



... mischte sich der Staat noch mehr ins Familienleben ein



... würden die Autofahrer noch mehr schikaniert



... stünden in der Schweiz immer mehr Minarett



## Von der Bauern- und Gewerbspartei zur heutigen SVP

Die Wurzeln der SVP liegen in der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB). In Zürich wurde 1917 die Bauernpartei gegründet, in Bern 1918 die Bauern- und Gewerbspartei. Sie schlossen sich 1921 zur BGB zusammen, die ab 1937 als Landespartei bestand. 1929 wurde mit Rudolf Minger, der ein grosser Freund von General Guisan war, erstmals ein Politiker unserer Partei in den Bundesrat gewählt. Wegen seiner volksverbundenen Art gilt Minger noch heute als einer der beliebtesten und bekanntesten Bundesräte der Schweizer Geschichte.

Während des Zweiten Weltkrieges schlug die Stunde von BGB-Bundesrat Friedrich Traugott Wahlen: Um in einer entbehrungsreichen Zeit die Versorgung unseres Landes mit Nahrungsmitteln sicherzustellen, entwickelte er den berühmten «Plan Wahlen». In der folgenden «Anbauschlacht» wurden sogar in den Grünanlagen der Städte Kartoffeln, Zuckerrüben und Getreide angepflanzt. So konnte der Selbstversorgungsgrad der Schweiz mit Lebensmitteln von 52 Prozent (1939) auf 72 Prozent (1945) erhöht werden. Im

Jahr 1971 vereinigte sich die BGB mit der Demokratischen Partei der Kantone Glarus und Graubünden zur Schweizerischen Volkspartei (SVP).

1992 bekämpfte die SVP allein gegen die etablierten Kreise einen Beitritt der Schweiz in den EWR. Das Schweizer Stimmvolk folgte ihr und entschied sich für die Unabhängigkeit unseres Landes. Seither hat die Partei ihre Wählerbasis mehr als verdoppelt. Der Wähleranteil der SVP liegt heute national bei 26,6%.



Rudolf Minger und Friedrich Traugott Wahlen – zwei herausragende Bundesräte der BGB/SVP. Adolf Ogi sicherte sich als Bundesrat von 1987 bis 2000 die Herzen der Schweizerinnen und Schweizer mit seinem berühmten Satz «Freude herrscht». Christoph Blocher und Ueli Maurer machten die SVP zur stärksten Partei der Schweiz. Als Bundesräte von 2003 bis 2007 (Christoph Blocher) und seit 2009 (Ueli Maurer) sind und waren sie eine wichtige Stimme für Freiheit und Unabhängigkeit im Bundesrat.

NATIONAL- UND STÄNDERATSWAHLEN 2015

## Unsere Schwerpunkte:

- ✦ Für die Selbstbestimmung der Schweiz – Nein zum schleichenden EU-Beitritt
- ✦ Für die Umsetzung einer griffigen Ausländer- und Asylpolitik
- ✦ Für tiefe Steuern, Stärkung des Werkplatzes und Sicherung der Arbeitsplätze

Unser Maskottchen: Wachhund Willy  
 Folge Willy im Internet: [www.svp.ch/willy](http://www.svp.ch/willy)  
 Folge Willy auf Facebook: [www.facebook.com/wachhundwilly](http://www.facebook.com/wachhundwilly)



## Interview

# Magdalena Martullo-Blocher, Unternehmerin Ems-Chemie



Magdalena Martullo-Blocher am Scuntrada-Markt in Savognin mit Ochse «Elvis»



Magdalena Martullo-Blocher mit einem Ems-Lernenden in der Produktion (Juli 2015)



Magdalena Martullo-Blocher auf dem Werkplatz Domat/Ems

## Was ist Ihre Motivation, in die Politik einzusteigen?

Im Rahmen meiner Führungstätigkeit beim grössten Bündner Unternehmen erlebe ich die nationalen politischen Fehlentwicklungen und deren Auswirkungen auf Unternehmen und Bürger tagtäglich. Unsere aktuelle Bundespolitik leidet unter oberflächlichen Sachkenntnissen und leichtsinnigen Schnellschüssen. Überregulierung und ein ungebremster Staatsausbau belasten uns. Es

«Es gibt kaum einen Wirtschaftszweig, welcher nicht unter ausufernden Vorschriften und Bürokratie leidet.»

gibt kaum einen Wirtschaftszweig, welcher nicht unter ausufernden Vorschriften und Bürokratie leidet. Typische Beispiele finden sich im Umwelt- und Sicherheitsbereich, aber auch bei der Steuerhoheit oder in den Sozialsystemen.

## Warum kandidieren Sie im Kanton Graubünden?

Als grösste Bündner Unternehmerin bin ich mit dem Kanton und seiner politischen Situation seit über zehn Jahren geschäftlich und privat eng verbunden. So weiss ich aus eigener Erfahrung, wo der Schuh drückt. Für Graubünden als Randkanton ist es nicht einfach, in Bern Gehör zu finden. Das kann ich als Nationalrätin ändern.

## Für was für eine Schweiz setzen Sie sich ein?

Ich setze mich für eine eigenständige und föderalistische Schweiz ein, mit einer leistungsfähigen Wirtschaft, einer produktiven Landwirtschaft und mit Politikern, welche den Mut haben, sich für die Stärken, die Eigenheiten und die Freiheit der Schweiz einzusetzen.

## Wollen Sie nun auch in der Politik in die Fussstapfen Ihres Vaters treten?

Ich sehe mich nicht als seine politische Nachfolgerin. Mein Anliegen ist eine bessere Politik in Bern. Leider ist das trotz jahrzehntelangem, intensivem Engagement meines Vaters immer noch nötig. Gerade auch in Bezug auf die anstehenden Verhandlungen mit der EU, bei denen automatisch EU-Recht übernommen und die Unterstellung unter die EU-Gerichtsbarkeit vom Bundesrat angestrebt wird. Ein gut besetztes Parlament kann das verhindern.

## Was sind die grössten Herausforderungen für Sie als Exportunternehmerin?

Neben der Gefahr der Übernahme von EU-Recht, sind es die Energiepolitik des Bundes und all die neuen Regulierungen, welche die Handlungsfreiheit von Unternehmern einschränken. Die Beibehaltung der attraktiven Steuerquote. Der Erhalt unseres erfolgreichen dualen Ausbildungssystems mit mehr Gewicht auf den mathematisch-naturwis-

senschaftlichen Fächern, wo die Schweiz auch am meisten Arbeitsplätze in der Exportindustrie hat.

## Wie beurteilen Sie die bilateralen Beziehungen Schweiz-EU?

Die Schweiz und der Wirtschaftsstandort Schweiz fahren ohne EU-Anbindung viel besser, solange sie eigene gute Lösungen finden. Die automatische Übernahme von EU-Recht lässt hier keinen Spielraum. Das politische EU-System ist nicht wirtschaftsfreundlich. Das Volk hat die Masseneinwanderungsinitiative angenommen, wir müssen sie umsetzen, ohne dass die Bilateralen gefährdet sind. Hier gibt es auch Lösungsansätze. Der Bundesrat und die Mehrheit der Parteien wollen sie einfach nicht aufnehmen.

## Die Energiewende ist ein geflügelter Begriff – Ihre Einschätzung?

Ich glaube, der Bundesrat und viele Parlamentarier haben inzwischen realisiert, dass die Energiestrategie 2050, welche die Sonnen-/Windenergie so stark subventioniert, dass nicht einmal mehr die Wasserkraft konkurrenzfähig ist, in der Praxis nicht funktioniert. Sie haben aber nicht die Grösse, das zuzugeben und umzukehren. Inzwischen

«Gute Politik muss auch gar nicht so aufwendig sein.»

werden für immense Summen Fehlinvestitionen gemacht und die Stromversorgungssicherheit gefährdet. Wir werden diese Fehlstrategie noch lange spüren!

## Sie sind 3-fache Mutter und Unternehmerin – wie bringen Sie das alles unter einen Hut?

Wie immer: Ich versuche mich möglichst gut zu organisieren. Gute Politik muss auch gar nicht so aufwendig sein. Eine gute Lösung hängt nicht von möglichst ausgefeilten und ausführlichen Paragraphen ab!

«Das politische EU-System ist nicht wirtschaftsfreundlich.»

## Magdalena Martullo-Blocher

- ▶ Nationalratskandidatin Graubünden
- ▶ Unternehmerin
- ▶ Chefin Ems-Chemie, Vorstandsmitglied Verband Chemie/Pharma/Biotech
- ▶ verheiratet, 3 Kinder
- ▶ Jahrgang 1969, wohnhaft in Meilen und Lenzerheide



# Autofahrer nicht kriminalisieren

Bisher hat der Autofahrer gezahlt, neuerdings wird er sogar kriminalisiert. Ein eigentlicher Bussenterror und willkürliche Eingriffe ins Privatleben sind die Folgen des Via-sicura-Gesetzespakets. Es braucht Gegensteuer. Die Autofahrer sind über das Geld, das sie in Form von Steuern, Gebühren und Abgaben abliefern, sonst schon wahre Milchkühe.

«Die Autofahrer sind wahre Milchkühe.»

analysen und Blutuntersuchungen zeigen, kein regelmässiger Alkoholkonsum im Spiel ist, ist sie damit für die Behörden als Alkoholikerin abgestempelt. Sie zahlt nicht nur – was selbstverständlich ist – eine Busse und muss den Ausweis für mehrere Monate abgeben, sondern sie erhält auch über Jahre Auflagen, wie sie sich im Alltag zu verhalten hat und wie viel Alkohol sie konsumieren darf. Zudem muss sie regelmässig Haarproben abgeben, um ihr Verhalten kontrollieren zu lassen. Eine Entmündigung sondergleichen.

Oder der junge Gewerbler, der im Stress bei der Ablieferung einer Offerte eine Geschwindigkeitsübertretung begeht, auf einer einsamen, völlig ungefährlichen Strecke. Der Führerausweis ist für Monate weg. Die Geldstrafe beläuft sich auf 20'000 Franken. Seine berufliche Existenz ist in Gefahr.

## Polizei für Verkehrsbussen statt Sicherheit

Die Autofahrer werden heute in absurder Weise kriminalisiert. Die Zahl der Verkehrstoten beträgt nur noch einen Drittel des Wertes vor 30 Jahren. In der gleichen Zeit haben sich die Verurteilungen nach

Strassenverkehrsgesetz verdreifacht. Die Ausweiszüge haben sprunghaft zugenommen. Bei den Kantonen sind die Verkehrsbussen heute fix budgetierte Einnahmepos-

«Die Autofahrer werden heute in absurder Weise kriminalisiert.»

ten, welche durch die Polizei heringeholt werden müssen. Sie belaufen sich auf mittlerweile rund 700 Millionen Franken pro Jahr.

Mit Sicherheit hat dies nichts mehr zu tun. Vielmehr fehlen die Einsatzkräfte für andere Aufgaben.

## Kampf der Willkür

Es kann nicht sein, dass die Autofahrer willkürlich kriminalisiert werden, hohe Bussen erhalten und lange auf ihren Führerausweis verzichten müssen, während Einbrecher und Diebe mit bedingten Geldstrafen davonkommen. Weltfremde Politiker haben dieser Entwicklung mit dem übertriebenen Via-sicura-Gesetzespaket Vorschub geleistet. Die grotesken Auswüchse dieser verunglückten Gesetzgebung sind rasch zu korrigieren und rückgängig zu machen.



Nationalrat Albert Rösti, Ständeratskandidat, Uetendorf (BE)

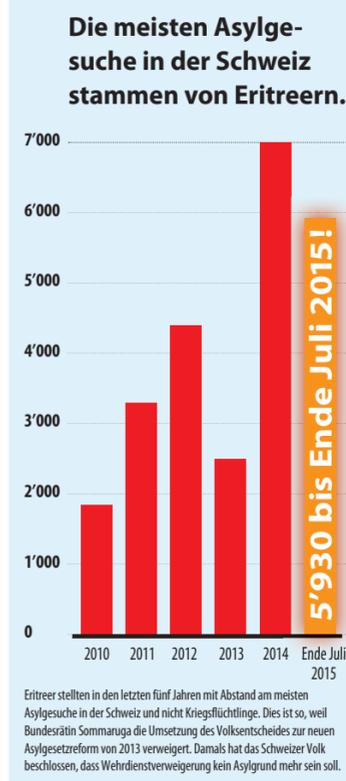
Eine junge Frau trinkt an einem Abend über den Durst und wird auf ihrem Motorradroller angehalten. Die Blutalkoholkonzentration liegt bei 1,6 Promille. Auch wenn die Frau noch nie mit dem Gesetz in Konflikt kam und, wie später Haar-

# Asyl: Unverzüglich handeln!

Die Situation im Asylwesen spitzt sich zu. Immer mehr Illegale und Wirtschaftsmigranten gelangen durch Schlepper in die Schweiz, obwohl sie nicht an Leib und Leben bedroht sind. Die Kosten im Asylbereich explodieren. Die belastenden Folgen in verschiedensten Bereichen tragen die Kantone und Gemeinden. Die einheimische Bevölkerung ist zunehmend verunsichert. Die SVP verlangt vom Departement Sommaruga endlich ein entschiedenes Handeln und die konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze.



Für das Jahr 2015 rechnet der Bund mit gegen 30'000 Asylgesuchen. 60% dieser Personen dürfen langfristig in der Schweiz bleiben, obwohl die wenigsten verfolgt werden oder an Leib und Leben bedroht sind.



Heinz Brand,  
Nationalrat,  
Klosters (GR)

Die Schweiz hat eine lange Tradition der Aufnahme von Flüchtlingen, die an Leib und Leben bedroht sind. Diese Asyltradition wird jedoch untergraben, wenn jeder, der in die Schweiz kommt, auch hier bleiben darf, egal ob er Anspruch auf Asyl hat oder einfach ein besseres Leben sucht. Genau das geschieht seit einiger Zeit und führt je länger, je mehr zu Un-

mut, Unfrieden und Spannungen im Land. Über die offenen Grenzen gelangen zunehmend Personen in die Schweiz, welche in erster Linie von den hohen Sozialleistungen, der guten Sicherheitslage und der ausgezeichneten medizinischen Versorgung profitieren möchten.

#### Immer mehr Missbräuche

Die Sogwirkung dieser verfehlten Politik ist enorm. Die Folgen sind zunehmend untragbar:

- ▶  $\frac{2}{3}$  aller Asylsuchenden werden als Flüchtlinge anerkannt oder werden vorläufig aufgenommen (2013 war es noch nicht einmal  $\frac{1}{3}$ ).

Dies, obwohl sich die Situation in den wichtigsten Herkunftsländern kaum verändert hat.

- ▶ Die meisten Asylsuchenden stammen aktuell aus Eritrea. Sie kommen also nicht aus Krisen- oder Kriegsgebieten wie beispielsweise Syrien, wie häufig behauptet.

- ▶ Die Schweiz hat in den letzten 30 Jahren im internationalen Vergleich überdurchschnittlich viele Gesuche verzeichnet und war damit wesentlich stärker belastet mit

« 6 Milliarden Franken für die Asyl- und Entwicklungshilfeindustrie »

Asylsuchenden als die meisten europäischen Staaten.

- ▶ Die Kosten der Asyl- und Entwicklungshilfeindustrie sind inzwischen auf rund 6 Milliarden Franken angewachsen. Allein die Kosten für den Asylbereich auf allen Stufen wird auf mindestens 3 Milliarden Franken geschätzt.

- ▶ Davon sind je länger, je mehr auch die Gemeinden betroffen, welche bereits nach wenigen Jahren die vollen Kosten – insbesondere der Sozialhilfe – zu tragen haben.

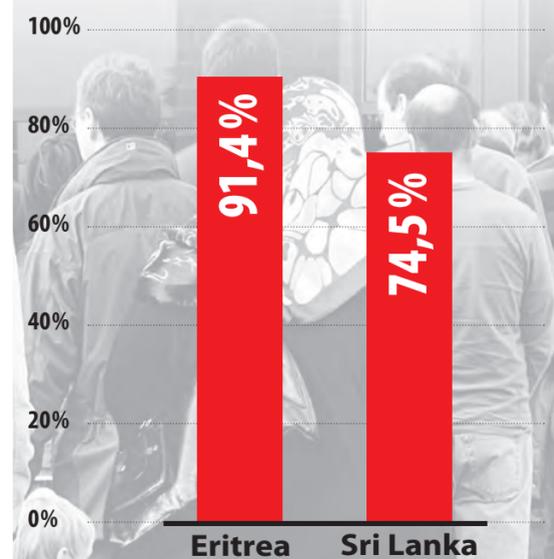
- ▶ Es gibt viel zu viele Missbräuche: Während Personen im Asylbereich rund 0,6% der Bevölkerung

ausmachen, wurden im letzten Jahr 4 Prozent aller Verstösse gegen das Strafgesetzbuch von ihnen verübt.

« In Bundesbern kämpft ausschliesslich und nachweislich die SVP für eine konsequente Asylpolitik. »

In Bundesbern kämpft ausschliesslich und nachweislich die SVP für eine konsequente Asylpolitik und gegen die zunehmenden Missbräuche. Mehr SVP im Parlament bedeutet deshalb auch weniger Missbräuche und damit weniger Kosten.

## Sozialhilfequote (erwerbsfähige Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene 2012):



Im Vergleich dazu lag die Sozialhilfequote bei Schweizer Bürgern im Jahr 2013 bei 2,2%.

Quelle: Antwort Bundesrat auf Vorstoss der SVP

## Kommentar

### Seit 25 Jahren kämpft die SVP für eine konsequente Ausländer- und Asylpolitik. Ihre Forderungen sind berechtigt und klar.

Im Asylbereich braucht es dringend ein Moratorium für mindestens ein Jahr. Das heisst: keine neuen Asyl- und Entwicklungshilfeleistungen und keine neuen vorläufigen Aufnahmen. Um dies zu erreichen, sind die Grenzen wieder eigenständig zu kontrollieren und illegale Einwanderer konsequent abzuhalten. Grundsätzlich muss die geltende Bestimmung endlich angewandt werden: Wer aus einem sicheren Drittstaat in die Schweiz einreist, hat kein Anspruch auf ein Asylverfahren in der Schweiz. Im Gegenzug ist ein Ausbau der Hilfe vor Ort angezeigt. Die Mittel dazu sind im Budget von rund 3 Milliarden Franken pro Jahr für die Entwicklungshilfe vorhanden.

### Zuwanderung begrenzen

Die Zuwanderung ist unverzüglich gemäss der von Volk und Ständen angenommenen Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» zu steuern und dadurch markant zu senken. Die Instrumente dazu, Kontingentierung und ein Inländervorrang, sind im neuen Verfassungsartikel festgeschrieben. Ebenso sind die Ansprüche auf Sozialleistungen und auf Familiennachzug zu beschränken. Die Vorgaben des Stimmbürgers an den Bundesrat sind klar – nun muss er diese endlich umsetzen.

Yvette Estermann,  
Nationalrätin und  
Ständeratskandidatin,  
Kriens (LU)



# Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

**Gratis-Hotline: 0800 002 444**

## Kostenlose kompetente Auskunft!

Ab dem 14. September bis am 17. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2015 informieren. Wie wählt man richtig, wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir sind von Montag bis Freitag von 11.00 – 19.00 Uhr und am Samstag von 9.00 – 15.00 Uhr für Sie da.

Fragen per Mail: [wahlen@svp.ch](mailto:wahlen@svp.ch)

Frei bleiben - SVP wählen!  
[www.svp.ch](http://www.svp.ch)



# SVP ist die einzige Partei...

... die garantiert, dass

- die Zuwanderung begrenzt wird
- die Missbräuche im Asylwesen beseitigt werden
- kriminelle Ausländer ausgeschafft werden
- ein Anschluss an die EU verhindert wird

Darum am 18. Oktober

## SVP wählen.

[www.svp.ch](http://www.svp.ch)

SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern, PC: 30-8828-5



## Wettbewerb

# Welcome to SVP: Was machen die denn da?



- G Ist am Kuchenbacken
- W Verteidigt das Bankkündengeheimnis



- A Hat seine Traumfrau gefunden und ist hin und weg
- E Nimmt nach einem guten Kirsch auch noch K.o.-Tropfen



- L Teilt Picknick mit seiner Einger Kampfkuh
- S Hat keine Freunde



- O Entspannt sich nach der Arbeit
- C Sieht sich eine Sendung mit Roger de Weck im SRF an



- OM Liest wie immer die WQZ auf dem Klo
- IE Hat den Verlag gewechselt



- ET Hört sich neuen Song Welcome to SVP an
- UN Sammelt alte Radios



- O Wäscht Geld in der Waschmaschine
- D Ist neu Hausmann



- L Macht Werbung für Zahnpasta
- S Staubt als Medizinhistoriker seine Knochengestelle ab



- V Springt als alter Fallschirmgrenadier in den Pool
- I Macht beim Topmodel-Wettbewerb mit



- P Fährt mit Gripen-Kampfflieger Velo
- V Frönt seinem Hobby Modellfliegerbasteln

Die richtige Antwort lautet: \_\_\_\_\_

Kreuzen Sie die korrekten Antworten an, reihen Sie die Buchstaben aneinander und schicken Sie die Lösung ein.

1. Preis: Eine Übernachtung inkl. Nachtessen, für 2 Personen im Haus der Freiheit von Toni Brunner
2. Preis: Ein SVP-Wachhund Willy «Special Edition» mit Nummer
3. Preis: Ein Mittagessen mit Toni Brunner für 2 Personen im Haus der Freiheit, [www.hausderfreiheit.ch](http://www.hausderfreiheit.ch)
4. bis 10. Preis: Eine CD/DVD mit dem Song Welcome to SVP

[www.welcometosvp.ch](http://www.welcometosvp.ch)

Jetzt den Song

**Welcome to SVP kaufen!**

Sende eine SMS mit dem Text "SVP 2015" an die Nummer 900.

CHF 1.50 wird dir direkt von deiner Handyrechnung abgebucht und der Song automatisch per SMS verschickt.

## Ich setze mich auch für eine freie, unabhängige und souveräne Schweiz ein.

- Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. meinem Bezirk/meiner Region werden. Die Parteimitgliedschaft ist zu vergleichen mit einer Mitgliedschaft in einem Verein.
- Bitte schicken Sie mir das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort Ihren Newsletter an nebenstehende E-Mail-Adresse.
- Ich unterstütze die SVP und spende \_\_\_\_\_ Franken auf das **PC 30-8828-5**.
- Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- Ich unterstütze die Volksinitiative Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative). Bitte schicken Sie mir \_\_\_\_\_ Unterschriftenbogen zu.
- Wettbewerb:** Ich möchte nur am Wettbewerb teilnehmen.
- Bitte senden Sie mir eine CD/DVD mit dem Song Welcome to SVP für Fr. 5.– zu.

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:

SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern, E-Mail: [info@svp.ch](mailto:info@svp.ch), Telefon: 031 300 58 58, Fax: 031 300 58 59

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Datum/Unterschrift



[www.svp.ch](http://www.svp.ch)

Die Partei des Mittelstandes

Editorial

## Für Freiheit, Sicherheit und Eigenständigkeit

Die direkte Demokratie zeigt in diesem Herbst einmal mehr einen ihrer grossen Vorzüge. Nach den kantonalen Wahlen vom letzten Frühling bestellen wir am 18. Oktober 2015 das nationale Parlament neu. Der Kanton Baselland stellt sieben Kandidatinnen und Kandidaten für den Nationalrat und einen Kandidaten für den Ständerat. Parteien, Politikerinnen und Politiker, ja wir alle stehen mitten in einem spannenden Wahlkampf. Die SVP vertritt darin ihren seit Jahren konsequent bürgerlichen Kurs.

Als Parteipräsident der SVP Baselland ist es mir ein grosses Anliegen, dass sich unsere Nationalrätinnen und Nationalräte für die Bedürfnisse unseres Kantons und unserer Region einsetzen. Übergeordnete Verkehrskonzepte, die Revision des Gesundheitswesens und der Altersvorsorge sowie der Ausbau des Grenzschutzes lassen sich nur mit nationaler Unterstützung durchziehen.

Nationalrätinnen und Nationalräte sind unsere Vertreter in Bern. Es geht nicht um das eigene Profil, sondern um die Interessen und das Wohl von uns allen. Die Kandidatinnen und Kandidaten der SVP Liste 3 übernehmen Verantwortung – ganz im Sinne der Abstimmung über die Kantonsfusion vom letzten Herbst, als sich 68 Prozent der Bevölkerung für eine eigenständige Entwicklung des Kantons Baselland aussprachen.

Diese Zeitung dient Ihnen als Ratgeber, Ihr Wahlrecht optimal zu nutzen. Die Wahlanleitung auf der letzten Seite unterstützt Sie beim Ausfüllen der Wahlzettel. Mit der Wahl der Liste 3 – sowie der Wahl von Christoph Buser in den Ständerat – ermöglichen Sie uns allen und auch zukünftigen Generationen ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Eigenständigkeit.

Herzlichen Dank für Ihre Stimme.

Oskar Kämpfer,  
Präsident SVP Baselland

# Eine gute Wahl



18. Oktober 2015

In den Nationalrat

[www.svp-bl.ch](http://www.svp-bl.ch)

Thomas de Courten  
Caroline Mall  
Patrick Schäfli  
Sandra Sollberger  
Dominik Straumann  
Hanspeter Weibel  
Jacqueline Wunderer

In den Ständerat: Christoph Buser

Liste 3



## Auf nach Bern

Es fährt ein Zug nach Bern. Fahrplanmässige Abfahrt: 18. Oktober 2015. Sein Ziel ist das Bundeshaus. Die SVP Baselland hat acht Plätze darin reserviert für ihre Baselbieter Vertreterinnen und Vertreter im eidgenössischen Parlament. Unser Zug hat volle Fahrt aufgenommen, um die fähigsten und kompetentesten Politikerinnen und Politiker der SVP in den Nationalrat und den bürgerlichen Kandidaten Christoph Buser in den Ständerat zu wählen. Um die beste Vertretung für das Baselbiet zu garantieren, sind wir auf Sie angewiesen.

Vielen Dank für Ihre Stimme.

18. Oktober 2015

Frei  
bleiben

In den Nationalrat.



Liste 3  
[www.svp-bl.ch](http://www.svp-bl.ch)

Die SVP empfiehlt für das eidgenössische Parlament

# Der Zug nach Bern für unsere Kandidaten

Drei Frauen und vier Männer, allesamt gestandene Politikerinnen und Politiker aus den Reihen der SVP Baselland, steigen ins Rennen um die sieben Nationalratssitze des Kantons Baselland.



Bereit für den Zug nach Bern: Hanspeter Weibel, Sandra Sollberger, Thomas de Courten (bisher), Jacqueline Wunderer, Patrick Schäfli, Caroline Mall und Dominik Straumann.

Am Sonntag, 18. Oktober 2015, ist es soweit: Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger wählen ihre Vertreter ins nationale Parlament. Die SVP Baselland schickt einen bisherigen Nationalrat, drei Landrätinnen, zwei Landräte und einen ehemaligen

Landrat ins Rennen um die sieben Nationalratssitze des Kantons Baselland.

Während der letzten vier Jahre war die SVP Baselland mit zwei Nationalräten in Bern vertreten. Thomas de Courten nahm seine erste

Amtsperiode mit viel Elan in Angriff. Mit Fleiss und Ausdauer verschaffte er sich rasch Respekt. Unterdessen gehört er nicht nur als profunder Kenner des Gesundheitswesens zu den gefragten Vertretern der Grossen Kammer.

Als Wahlkampfleiter bin ich dankbar, mit Thomas de Courten einen profilierten Bisherigen ins Rennen zu schicken. Christian Miesch rückte nach, als Caspar Baader demissionierte. Dafür sind wir Christian sehr dankbar. Schade, aber auch ver-

ständig, dass Chrigel nicht noch einmal ins Rennen steigt.

Die Schweiz ist ein Erfolgsmodell, auch wenn der eine oder andere politische Prozess etwas länger dauert. Die Kandidatinnen und Kandidaten der SVP Liste 3 stellen sich gegen Grossgebilde mit ihrer starken Tendenz zu unübersichtlichen Machtstrukturen und stehen für ein klares Nein zu einem schleichenden EU-Beitritt.

## Billets für den Zug nach Bern

Bei der Asylpolitik liegt einiges im Argen. Nichts gegen die kontrollierte Zuwanderung von qualifizierten Mitarbeitenden, die unsere Wirtschaft stärken. Auch echten Flüchtlingen, die an Leib und Leben bedroht sind, wollen wir helfen – nach guter Schweizer Tradition. Differenzierte Asylpolitik lautet das Zauberwort.

Beim Ausfüllen der Wahlzettel haben Sie die Wahl. Wenns schnell gehen muss, legen Sie die SVP Liste 3 unverändert in die Urne. Beim Kumulieren verhelfen Sie Ihren Wunschkandidaten zu einer zweiten Stimme. Ganz im Sinne der bürgerlichen Zusammenarbeit unterstützt die SVP Baselland die Wahl von Christoph Buser in den Ständerat.

Auf den folgenden Seiten lernen Sie die Kandidatinnen und Kandidaten der SVP Baselland für den Nationalrat sowie den bürgerlichen Kandidaten für den Ständerat näher kennen. Viel Spass bei der Lektüre und ein herzliches Dankeschön für Ihre Stimme.

Jörg Krähenbühl, e. Regierungsrat  
Leiter Wahlkampfteam NR-Wahlen



## Caroline Mall

- ✚ Wohnort: Reinach
- ✚ Jahrgang: 1967
- ✚ Beruf: Kauffrau, Jurastudentin
- ✚ Politik: Landrätin, Delegierte und Mitglied der Bildungskommission SVP Schweiz, Einwohner- und Schulrätin Reinach
- ✚ Familie: verheiratet, drei Kinder



Politik beginnt da, wo der Schuh drückt. Dieses Credo nimmt Caroline Mall ernst: Sie ist eine Volkspolitikerin durch und durch. Da überrascht es wenig, dass die Bildung ihr Steckenpferd ist. «Gute Bildung garantiert Zukunft», betont sie. Dafür setzt sie sich ein. Oder eben: Caroline Mall – auf jeden Fall.

[caroline-mall.ch](http://caroline-mall.ch)



## Patrick Schäfli

- ✚ Wohnort: Liestal
- ✚ Jahrgang: 1971
- ✚ Beruf: Betriebsökonom HWV, selbständiger Consultant
- ✚ Politik: Landrat 2001–2015
- ✚ Familie: verheiratet, ein Kind



Stopp der Masseneinwanderung, Schluss mit dem Asylchaos sowie gute Bedingungen für Mittelstand und KMU: Patrick Schäfli ist ein erfahrener Politiker mit konsequenter Linie, ein Mann mit Überzeugungen. Seine besondere Überzeugung ist die Unabhängigkeit der Schweiz. Sie hat für ihn oberste Priorität, für sie wird er sich in Bern einsetzen. Patrick Schäfli, der konsequente Kämpfer für eine unabhängige und freie Schweiz.

[facebook.com/patrick.schaefli.in.den.nationalrat](https://facebook.com/patrick.schaefli.in.den.nationalrat)



## Sandra Sollberger

- ✚ Wohnort: Bubendorf
- ✚ Jahrgang: 1973
- ✚ Beruf: Geschäftsführerin, eidg. dipl. Malermeisterin
- ✚ Politik: Landrätin, Gemeinderätin
- ✚ Familie: verheiratet, zwei Kinder



Farbe bekennen, anpacken, authentisch sein. Die Kernkompetenz der dipl. Malermeisterin Sandra Sollberger ist das Erarbeiten von durchdachten, praxisnahen und realisierbaren Lösungen. «Ich will die Herausforderungen des Basellands meistern, dessen Zukunft aktiv mitgestalten und die legitimen Anliegen unseres schönen Kantons in Bern mit Nachdruck vertreten.»

[sandrasollberger.ch](http://sandrasollberger.ch)

Nationalrat Thomas de Courten hat sich als feste Grösse auf dem national Politikparkett etabliert

# Der unermüdliche Kämpfer für das Baselbiet

Thomas de Courten hat sich während vier Jahren im Nationalrat als unersetzbar für seinen Kanton erwiesen. Gerade in Bildungs-, Sozial- und Wirtschaftsfragen hat er eine führende Rolle im eidgenössischen Parlament inne. Eine Rolle, die dem Baselbiet guttut.

«Was hat Duschwasser mit den Inhaltsstoffen von Schweizer Schoggi zu tun?» Das fragte sich Thomas de Courten, seit 2011 Nationalrat der SVP fürs Baselbiet, und staunte. Denn der Gesetzgeber wollte ausgerechnet die gesetzliche Reglementierung von Duschwasser ins selbe Gesetz mit der Schoggi packen. Dank seiner Anträge konnte das verhindert werden.

Das ist keine weltbewegende Sache, schon klar. Aber es sind genau diese Auswüchse in Verwaltung, Regierung und auch Parlament, die Thomas de Courten ärgern. «Der Kampf gegen Bürokratie und unnötige Gesetze ist eine endlose Sisyphusarbeit», sagt er. Der Rünenberger ist ein pragmatischer Politiker, und der aufgeblähte Staatsapparat ist ihm ein gehöriger Dorn im Auge. Ein Dorn, gegen den er mit unermüdlichem Einsatz kämpft.

## Auch mal auf die Füsse treten

«Für jedes Gesetz sollte ein bestehendes abgeschafft werden», fordert er darum. Darum überrascht es nicht, dass seine Vorstösse genau in diese Richtung schiessen – ihm Gegensatz zur Vielzahl seiner Ratskolleginnen und -kollegen. Er setzt auf gesunden Menschenverstand. Dafür ist er beim Bundesrat und in der Bundesverwaltung als



Scheut sich nicht, die Ärmel hochzukrempeln: Thomas de Courten. *zvg*

hartnäckiger Partner bekannt: «Man darf sich nicht scheuen, den Technokraten auch mal auf die Füsse zu stehen!»

Als einen der politischen Höhepunkte seiner ersten Legislaturperiode in Bern nennt er

die Festigung des Wirtschaftsstandorts Nordwestschweiz. Diese ist wirtschaftlich für die ganze Region von immenser Bedeutung. Gelungen ist ihm dies in Zusammenarbeit mit seinen Baselbieter Parlaments-

kolleginnen und -kollegen. «Wir haben das Bundesrat Berset richtiggehend abgerungen», erinnert er sich.

## Unersetzbarer Kämpfer

Den Baselbieter Parlamentariern wird immer wieder die Fähigkeit abgesprochen, regionale Interessen im Haifischbecken Bundeshaus durchsetzen zu können. Mit dem Agglomerationsprogramm hat Thomas de Courten das Gegenteil bewiesen. Dass der Bund zusätzliche Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur des unteren Baselbiets zusicherte, ist unter anderem sein Verdienst.

Unter seiner Federführung kam es auch zur Anerkennung des Kantons Baselland als Universitätskanton durch das Parlament. «Dass unser Bildungsdirektor diesen Steilpass nicht im Tor versenken konnte, war allerdings ein zünftiger Wermutstropfen.»

Thomas de Courten schafft es, Mehrheiten für die Anliegen des Baselbiets zu gewinnen. In den vier Jahren als Nationalrat hat er sich als ideenreicher, pragmatischer und starker Parlamentarier etabliert. Er ist zu einem unersetzbaren Kämpfer für unseren Kanton geworden – ob es um KMU, Arbeitsplätze, Bildungsfragen oder manchmal auch nur um Schoggi geht. *uf*



bisher

## Thomas de Courten



- ✚ Wohnort: Rünenberg
- ✚ Jahrgang: 1966
- ✚ Beruf: eidg. dipl. Betriebsökonom HWV, BR/SPRV
- ✚ Politik: Nationalrat, ehemaliger Landrat, Mitglied Zentralvorstand SVP Schweiz, Mitglied Parteileitung SVP BL
- ✚ Familie: verheiratet, drei Kinder

«Ich vertrete eine konsequent freiheitliche und bürgerliche Politik», sagt Thomas de Courten nicht nur: Er beweist es auch tagtäglich in Bern. Die Schwerpunkte des Nationalrats, der seine zweite Legislaturperiode anstrebt, sind Wirtschaft, Bildung, Gesundheit und: weniger Staat. Thomas de Courten, unsere starke Stimme fürs Baselbiet in Bern.

[decourten.info](http://decourten.info)



## Dominik Straumann



- ✚ Wohnort: Muttenz
- ✚ Jahrgang: 1976
- ✚ Beruf: Unternehmer
- ✚ Politik: Landrat, Fraktionspräsident, Gemeinderat, Mitglied Zentralvorstand SVP Schweiz und Parteileitung SVP BL
- ✚ Familie: zwei Kinder

Dominik Straumann ist nicht nur Feuerwehrkommandant; Dominik Straumann ist ein Mann, der in Politik, Wirtschaft und öffentlicher Sicherheit zu Hause ist. Dieses Fundament ist sein grosses Plus. Ich bin bereit, auch in Zukunft Verantwortung in unserer Gesellschaft zu übernehmen, damit unsere Kinder weiterhin ein sicheres Zuhause haben – unsere Schweiz!

[dominikstraumann.ch](http://dominikstraumann.ch)



## Hanspeter Weibel



- ✚ Wohnort: Bottmingen
- ✚ Jahrgang: 1953
- ✚ Beruf: lic. oec. HSG, Wirtschaftsjurist, Strategie- und Unternehmensberater
- ✚ Politik: Landrat, Präsident GPK, Vorstand SVP BL, Delegierter SVP Schweiz
- ✚ Familie: verheiratet

Hanspeter Weibel ist ein erfahrener Politiker und kluger Strategie, der konsequent bürgerliche Werte vertritt. Leistung, Selbstbewusstsein und Selbstverantwortung haben die Schweiz stark gemacht, dieses Erfolgsmodell will er bewahren. Gesunde öffentliche Finanzen und Bekämpfung von Sozialmissbrauch gehören dazu. Hanspeter Weibel, bürgerlich – gradlinig – durchsetzungsstark.

[hanspeter-weibel.ch](http://hanspeter-weibel.ch)



## Jacqueline Wunderer



- ✚ Wohnort: Röschenz
- ✚ Jahrgang: 1964
- ✚ Beruf: selbständige Unternehmerin, vormals Ermittlerin Bundeskriminalpolizei
- ✚ Politik: Landrätin, Gemeinderätin, Vizepräsidentin SVP BL, Präsidentin SVP Frauen BL
- ✚ Familie: ein Kind

Ihre langjährige Berufserfahrung im Sicherheits- und Asylwesen haben Jacqueline Wunderer geprägt. Ihr Fachwissen wird in Bern gebraucht. Als mittlerweile selbständige Unternehmerin weiss sie allerdings auch, wie wichtig gute politische Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gewerbe sind. Für diese setzt sie sich ein. Jacqueline Wunderer, Politikerin mit grosser Lebens- und Berufserfahrung.

[wunderer.ch](http://wunderer.ch)

# Unsere Schwerpunkte

3.

1.

## Öffentliche Finanzen

- ausgeglichene öffentliche Haushalte
- mehr Ausgabendisziplin und weniger Staatsausgaben
- weniger Abgaben und Gebühren
- tiefe Steuern für alle

WILLY MEINT:



**Praxisorientierte Bildung statt Reformhektik**

2.

## Sicherheit

- restriktivere Asyl- und Ausländerpolitik
- harte Strafen für Kriminelle, Vandalen und Gewalttäter
- Verbrechensbekämpfung statt Bussenjagd
- Ausschaffung krimineller Ausländer

WILLY MEINT:



**Eigenverantwortung statt Bevormundung**

4.

## Gesellschaft

- Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative
- kein schleichender EU-Beitritt
- weniger Sozialmissbrauch
- Freiheit und Eigenverantwortung statt Verbote



5.

## Bildung

- eigenständige Baselbieter Bildungspolitik
- leistungsorientierte Schulen
- Stärkung der Berufslehre
- Technik- und Naturwissenschaften an unserer Uni

**Konsequent bürgerlich • Mittelständisch wertkonservativ • Kraftvoll selbständig • Bodenständig verwurzelt**

## Haben Sie Fragen?

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten sind im ganzen Baselbiet unterwegs, um Rede und Antwort zu stehen. Treffen Sie Thomas de Courten, Caroline Mall, Patrick Schäfli, Sandra Sollberger, Dominik Straumann, Hanspeter Weibel und Jacqueline Wunderer. Lassen Sie sie wissen, wo der Schuh drückt und was Sie von ihnen in Bern erwarten.



Podien				
Datum	Einrichtung	Ort	Teilnehmer	Zeit
22.09.15	Gewerblich-industrielle Berufsfachschule	Liestal	Sandra Sollberger	10 Uhr
	Berufsfachschule Gesundheit BL	Münchenstein	Sandra Sollberger	13.30 Uhr
23.09.15	Gymnasium Liestal	Liestal	Caroline Mall	10 Uhr
	Gymnasium Oberwil	Oberwil	Hanspeter Weibel	10 Uhr
	Gewerblich-industrielle Berufsfachschule	Liestal	Hanspeter Weibel	13.30 Uhr
24.09.15	Einwohnergemeindeversammlung	Ramlinsburg	Jacqueline Wunderer	20 Uhr
	KV Liestal	Liestal	Thomas de Courten	13.30 Uhr
24.09.15	Berufsfachschule Gesundheit BL	Münchenstein	Patrick Schäfli	10 Uhr
	KV Reinach	Reinach	Hanspeter Weibel	13.30 Uhr
28.09.15	Gymnasium Laufen	Laufen	Jacqueline Wunderer	10 Uhr
29.09.15	Gymnasium Münchenstein	Münchenstein	Dominik Straumann	10 Uhr

Standaktionen mit allen Kandidaten			
Datum	Zeit	Gemeinde	Standort/Besonderes
12.09.15	10.00	Ettingen	
	11.30	Muttenz	Bushaltestelle Muttenz Dorf
19.09.15	10.00	Laufen	Stettli
	11.30	Aesch	Zentrum
	13.00	Therwil	Strassenmarkt Treffen mit LR Hj. Ringgenberg
26.09.15	10.00	Allschwil	Migros Paradies Eingang Spitzwaldstrasse
	11.30	Binningen	Migros Hauptstr. 71
03.10.15	10.00	Reinach	Gemeindezentrum
	11.00		Video Botschaft T. Brunner
09.10.15	17.30	Arlesheim	Postplatz
10.10.15	10.00	Füllinsdorf	EKZ Schönthal
	11.00	Bubendorf	Heimelig Platz
16.10.15	17.30	Liestal	Beim Bahnhof SBB
17.10.15	10.00	Sissach	Begegnungszone
	11.30	Gelterkinden	Standaktion beim Coop

Nationalrat Thomas de Courten erklärt, weshalb es am 18. Oktober die beste Wahl ist, SVP zu wählen

# Es braucht mehr SVP

**Die Wahlen in Parlament und Regierung zeigen: Das Baselbiet vertraut einer bürgerlichen Politik. Die Zeit ist reif, dass das Baselbiet auch in Bern von einer bürgerlichen Mehrheit repräsentiert wird.**

Den Kampf um die Selbständigkeit des Baselbiets hat die SVP Baselland gewonnen. Mit überwältigendem Mehr hat sich der Baselbieter Souverän für unsere Werte, für Unabhängigkeit und Freiheit entschieden. Auch die kantonalen Wahlen im Frühling haben bestätigt, dass wir mit unserer Politik, dank des Engagements jedes einzelnen Parteimitglieds und Ihrer aller Stimmen etwas bewegen und die Zukunft unseres Baselbiets in die richtigen Bahnen lenken können.

Jetzt haben wir die Gelegenheit, die Mehrheiten des Mittellinks-Lagers auf die bürgerliche Seite zu drehen und Lösungen mit unseren Ansätzen durchzusetzen. Dabei steht einiges an Arbeit an, um den Standort zu stärken, die staatliche Bevormundung zu reduzieren und den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger wieder gerecht zu werden.

Diese Erfolge sind unsere Motivation. Ausruhen auf diesen Lorbeeren dürfen wir uns aber noch lange nicht.



Denn auch auf der nationalen Ebene wollen wir diese neuen Baselbieter Mehrheitsverhältnisse in Parlament und Regierung durchsetzen. Dazu braucht es einen bürgerlichen Schulterschluss bei den Ständeratswahlen und vor allem: mehr SVP im Nationalrat.

### Stabilität und Freiheit

Wir brauchen vollen Einsatz aller Mitglieder, Sympathisanten und Gönner der SVP Baselland – all jener Baselbieterinnen und Baselbieter, die gegen mehr Staat, gegen immer mehr Gleichmacherei und gegen die Aushöhlung unserer Sozialsysteme und unserer humanitären Tradition eintreten. Lassen Sie uns für die Schweiz, für die Unabhängigkeit, für Eigenverantwortung und Selbstbestimmung und für unsere demokratischen Rechte eintreten.

Die liberale Wirtschafts- und Standortpolitik der SVP ist die Voraussetzung für die Stärkung der Wirtschaft, die uns Arbeit und Wohlstand sichert. Unsere Unternehmen, vor allem auch die vielen KMU, sind es, die für konjunkturelle Stabilität, für die Ausbildung unserer Jugend und für genügend Steuererträge sorgen.

### Steuern reduzieren

Mit Konkurrenz und Marktentwicklungen, wie der aktuellen Frankenstärke, werden unsere Unternehmen selbst fertig. Dafür braucht es keine staatlichen Eingriffe. Vorausgesetzt, wir verschaffen ihnen wieder unternehmerische Handlungsspielräume, damit sie mit Investitionen und Innovationen den grossen Herausfor-

derungen auf den internationalen Märkten begegnen können.

Wer SVP wählt, verschafft uns diese Möglichkeit, die beharrliche Überprüfung sämtlicher Staatsaufgaben anzupacken, eine konsequente Ausgabendisziplin durchzusetzen und mit dem Abbau bürokratischer Planungs-, Bewilligungs-, Kontroll- und vermeintlichen Schutz-Vorschriften den aufgeblähten Verwaltungsapparat und damit die Steuern, Abgaben und Gebühren für alle zu reduzieren.

Wer SVP wählt, tritt auch dafür ein, dass wir wieder einen Bundesrat wählen können, der den Volkswillen respektiert, demokratisch gefällte Entscheide durchsetzt und sich nicht von ausländischen Regierungs-, Kommissions-, Menschenrechts- oder anderen parastaatlichen Interessenvertretern am Gängelband vorführen lässt.

### Für die Zukunft der Schweiz

Wer SVP wählt, ist bereit die Verantwortung für sich und unser Land wieder selbst in die Hand zu nehmen, sie nicht irgendwem zu überlassen, zuerst vor der eigenen Tür zu wischen und die eigenen Hausaufgaben zu lösen, statt die ganze Welt retten zu wollen und sich damit in die Angelegenheiten der Anderen einzumischen.

Wer für die Schweiz und ihre Zukunft eintritt, wählt am 18. Oktober 2015 SVP – Liste 3

*Thomas de Courten,  
Nationalrat, Rünenberg*



Thomas de Courten kämpft im Nationalrat seit vier Jahren für den Standort Baselland und die Freiheit der Schweiz. zvg

Nationalrat Christian Miesch spricht aus 13 Jahren Erfahrung im Nationalrat

# Die Nähe zur Bevölkerung geht über alles

**Macht es Sinn, meinen Nachfolgern in Bern Ratschläge für ihre politische Arbeit zu erteilen? In Abwandlung eines anderen Sprichwortes bin ich geneigt zu sagen: «Der Weg zur Hölle ist mit guten Ratschlägen gepflastert.»**

Dennoch wage ich mich jetzt auf dieses «Ratschlags-Glatteis» mit zwei, drei Punkten, die mir wichtig erscheinen. Zunächst dies: In jedem Parlament – erst recht im Bundeshaus – lauert eine Gefahr. Jene nämlich, im Alltag der Wandelhalle und im Geplänkel des Tagesgeschäftes und der politischen Rivalitäten den Kontakt zur Bevölkerung und ihren wirklichen Bedürfnissen zu verlieren.

Das aber ist doch der entscheidende Massstab der Politik. Jede Politikerin und jeder Politiker muss sich tagtäglich um diese Realität – und nicht um die vielen Irrealitäten der classe politique – kümmern. Also: Es ist die Pflicht einer Nationalrätin, eines Nationalrats, bei jeder Gelegenheit auf die Menschen zuzugehen, mit ihnen zu sprechen, auf sie zu- und eingehen. Und das auch bei all jenen, die der eigenen Person oder der Partei kritisch gegenüberstehen.

### Auf Augenhöhe mit dem Volk

Nur so entsteht a) Volksnähe, nur so erhält man b) einen Eindruck der Be-



«Es ist die Pflicht eines Volksvertreters, auf die Menschen zuzugehen», sagt der langjährige SVP-Nationalrat Christian Miesch. zvg

dürfnisse und Anliegen der Bevölkerung und nur so hat man c) in einem Gespräch auf Augenhöhe die Gelegenheit, seine Ideen und Ziele zu erläutern. Ich persönlich stellte dann oft fest, dass gerade Skeptiker mit ihrer Kritik gar nicht so weit von meinen eigenen politischen Standpunkten und Massnahmen entfernt waren.

### Zurückhaltung mit dem Senf

Ein Politiker – gerade auf nationaler Ebene – darf nicht auf jedes «Meinungs-Trittbrett» aufspringen. Und er darf nicht überall seinen Senf dazugeben. Besonders dann nicht, wenn wie allzu oft wieder mal irgendeine nebensächliche Sau durchs Dorf getrieben wird. Man muss im richtigen Moment auch schweigen können.

Vielmehr soll er oder sie sich darauf konzentrieren, seine politischen Überzeugungen und die seiner Partei der Bevölkerung mit Überzeugung und Glaubwürdigkeit zu erklären und damit näherzubringen. Zum Beispiel sind das derzeit die Ziele und Massnahmen, die die SVP zur Massenein-

wanderung und vor allem zum immensen Chaos in der Asylpolitik propägiert.

*Christian Miesch, Nationalrat,  
Titterten*

**18. Oktober 2015**

**Frei bleiben** 

**In den Nationalrat.  
Liste 3**  
www.svp-bl.ch  
In den Ständerat: Christoph Buser

 **SVP**  
Die Partei des Mittelstandes

Was macht eigentlich ... der Nationalrat?

# Das Gehirn der Demokratie

Mit den National- und Ständeratswahlen vom 18. Oktober sucht die Schweiz und das Baselbiet ihre Vertreter für die 50. Legislaturperiode der Eidgenossenschaft. Doch was machen die 200 Nationalräte eigentlich?

Im Nationalrat, der Grossen Kammer, versammeln sich die 200 Volksvertreterinnen und Volksvertreter. Sein Präsident ist formell höchster Schweizer. Gemeinsam mit dem Ständerat bildet der Nationalrat die Bundesversammlung. Sie ist die höchste Gewalt in der Schweiz. Wenn das Volk das Herz der Demokratie ist, so ist die Bundesversammlung ihr Gehirn. Ihre Entscheide betreffen uns alle.

Die SVP ist mit 54 Sitzen stärkste Partei im Nationalrat, ihr Wähleranteil entspricht 26,6 Prozent. Jede vierte Schweizerin, jeder vierte Schweizer vertraut also auf die Überzeugungen und die Politik der Schweizerischen Volkspartei. Aber wir setzen uns für alle Menschen in diesem Land ein.

## Hinter den Kulissen

Wie der Ständerat tagt auch der Nationalrat pro Jahr während vier Sessionen zu je drei Wochen, jeweils im März, Juni, September und Dezember. Hier debattieren die Volks- und Ständesvertreterinnen und -vertreter die Gesetzesentwürfe der Regierung und formulieren selbst Vorstösse. Spielregeln sorgen für Ordnung. So ist die Redezeit klar geregelt, und Voten werden schriftlich beim Ratspräsidenten angemeldet.

So kennt man den Nationalrat aus der Berichterstattung. Doch hinter den Kulissen geschieht mindestens genauso viel. Hier beraten sich die Räte, nehmen an Fraktions- und Kommissionssitzungen teil, besprechen sich mit den Bundesräten und



Der Nationalratssaal: Hier spielt sich die Schweizer Politik ab. Die 200 Nationalrätinnen und Nationalräte vertreten die Bevölkerung der Schweiz.

zvg Parlamentsdienste

Bundesangestellten, stellen sich den Medien.

Die Tage der Räte sind lang, oft reiht sich eine Sitzung an die nächste, auch über die Sessionen hinaus. Sie behandeln immer mehr Gesetze und immer mehr Vorstösse. Grund dafür

sind vor allem die wachsenden Ansprüche aus allen Bevölkerungsschichten an den Staat. Was also kosten unsere National- und Ständeräte eigentlich?

Der Parlamentsbetrieb kostet jede Schweizerin und jeden Schweizer im

Jahr rund 13 Franken oder insgesamt ungefähr 100 Millionen Franken.

Zürich entsendet als bevölkerungsreichster Kanton 35 Nationalräte nach Bern, das Baselbiet stellt deren sieben. Sieben Kandidaten stehen auch auf der Nationalratsliste der SVP

BL. Wahrscheinlich werden nicht alle sieben gewählt. Wir vertrauen darauf, dass Sie richtig entscheiden, wie viele es tatsächlich sein werden. (uf)

Was macht eigentlich ... der Ständerat?

# Frischen Wind ins Stöckli

Der Ständerat ist die Kleine Kammer des Schweizer Parlaments. Er setzt sich aus den Vertretern der Kantone zusammen – und braucht dringend frischen Wind. Besonders im Baselbiet.

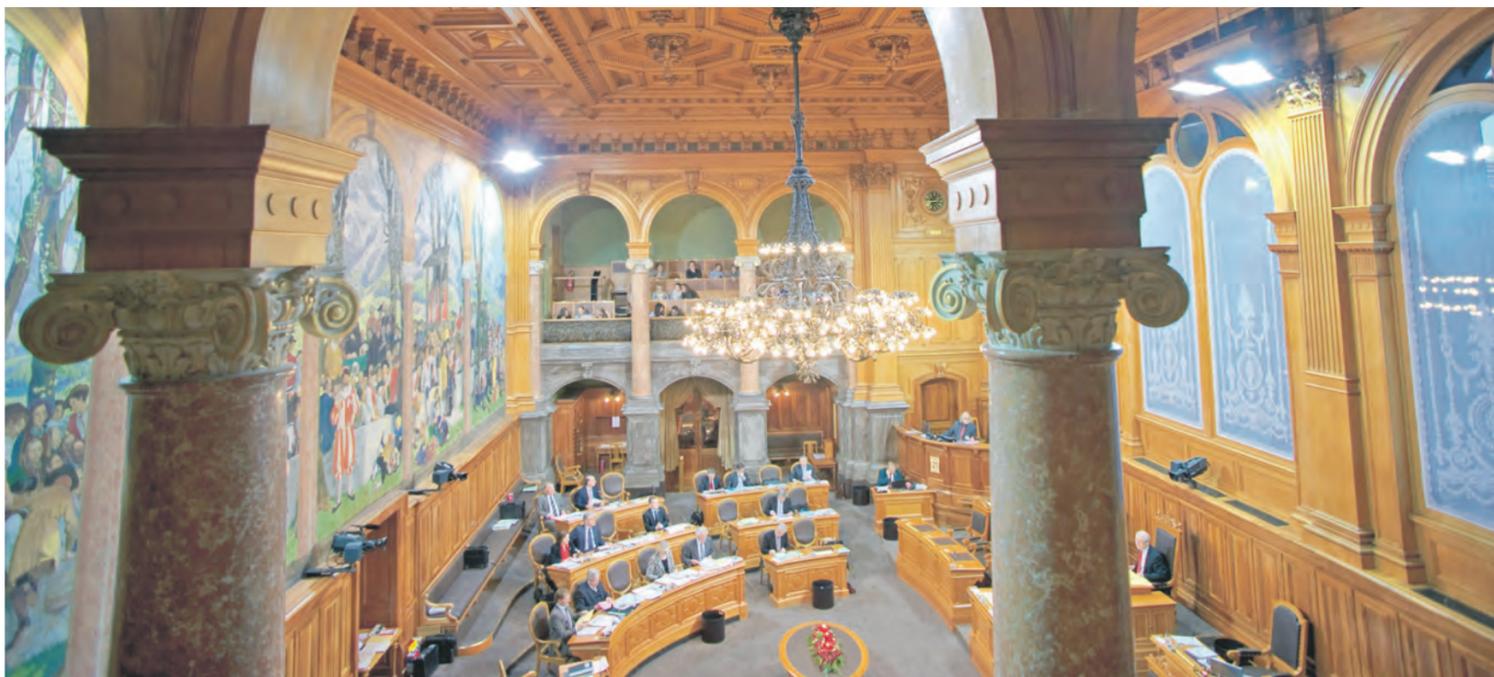
Der Name sagt es schon: Stöckli. Der Ständerat, das Altenteil, ist ein Sammelbecken vorwiegend altgedienter Politiker. Gerade auch, was den Baselbieter Vertreter betrifft. Doch der Ständerat und seine politische Funktion in der Eidgenossenschaft sind zu wichtig, als dass man sie den grauen Eminenzen überlassen dürfte.

Darum braucht es frischen Wind im Stöckli. Christoph Buser bringt diesen frischen Wind in die «Kleine Kammer», die in ihrer Bedeutung mit der «Grossen Kammer», dem Nationalrat, gleichwertig ist. Darum ist ein Beschluss nur gültig, wenn er von beiden Räten verabschiedet wird.

Der Ständerat setzt sich aus 46 Vertretern zusammen. Sie repräsentieren die Stände, also die Kantone. Der Kanton Uri etwa stellt mit seinen 35 000 Einwohnern genauso zwei Vertreter wie der Kanton Zürich mit fast anderthalb Millionen Einwohnern – und doppelt so viele wie das Baselbiet.

## Spannungsfeld Ständerat

Dieses Ungleichgewicht ist historisch bedingt, garantiert aber den Einbezug der Minderheiten und stellt das Gleichgewicht aller Kantone im Ständerat sicher. Seinen Ursprung hat der



Ein Bijou aus Holz und Stein: der Ständeratssaal.

zvg Parlamentsdienste

Ständerat in der ersten Bundesverfassung 1848. Das dannzumal konstituierte Zweikammersystem ist unverkennbar dem US-amerikanischen System nachempfunden.

Die Ständeräte machen zwar Bundespolitik, vertreten aber gleichzeitig die Interessen ihrer Kantone und ihrer Partei. Der Ständerat ist ein Spannungsfeld, der eines leiden-

schaftlichen, gewandten und sachverständigen Baselbieter Vertreters bedarf. Eines Politikers vom Schlage eines Christoph Buser, unseres bürgerlichen Kandidaten fürs Basel-

biet und seine Einwohnerinnen und Einwohner. (uf)

Christoph Buser, der bürgerliche Ständeratskandidat fürs Baselbiet

# «Es ist Zeit für einen Generationenwechsel»

Der FDP-Landrat Christoph Buser ist unser bürgerlicher Kandidat für den Ständerat. Er ist ein ausgewiesener Politik-Profi und will den Baselbieter Sitz im Stöckli für das bürgerliche Lager zurückerobern.



Bestens vernetzt: Ständeratskandidat Christoph Buser im Gespräch mit alt Bundesrat Adolf Ogi.

zvg

**Extrablatt: Warum, Herr Buser, wähle ich Sie?**

**Christoph Buser:** Das Baselbiet ist ein klar bürgerlicher Kanton. Das haben die vergangenen Urnengänge eindrücklich gezeigt. Im Ständerat aber wird unser Kanton seit Jahren von einem Sozialdemokraten vertreten. Darum haben SVP, FDP und CVP beschlossen, mit mir als gemeinsamem Kandidaten der Baselbieter Bürgerlichen den Sitz im Stöckli zurückzugewinnen. Ich bin davon überzeugt, dass es auch in Bundesbern Zeit für einen Generationenwechsel ist. Es ist Zeit für eine starke bürgerliche Vertretung unserer Region in Bern.

**Warum ist es Zeit dafür?**

Die Nordwestschweiz ist der zweitgrösste Wirtschaftsraum der Schweiz. Das wird in der nationalen Politik aber kaum wahrgenommen. Darum werde ich mich als Ständerat insbesondere für optimale Standortfaktoren und eine prosperierende Wirtschaft in unserer Region einsetzen. Wir werden hier neue Arbeitsplätze schaffen.

**Wo setzen Sie weitere politische Schwerpunkte?**

Ich verfüge über einen fundierten Leistungsausweis. Meine Schwerpunkte sind Wirtschaft, Energie und

Verkehr. In der Verkehrspolitik kämpfe ich seit je für einen Ausbau der Infrastruktur in der Region. Und ich setze mich für sinnvolle Lösungen ein. So habe ich eine Petition initiiert, die sieben Jahre Dauerstau im Bereich Hagnau verhindern soll. Mit diesen 18 000 Unterschriften machen wir Druck in Bern, damit die Forderung der Region nach einer akzeptablen Sanierung gehört wird.

«Wir müssen mit dem Bau von Luftschlossern aufhören.»

*Christoph Buser, Landrat, bürgerlicher Ständeratskandidat*

**Und welche Haltung vertreten Sie in der Energie- und Klimapolitik?**

Wir müssen in erster Linie wieder zurück zur Realität finden und mit dem Bau der Luftschlosser aufhören. Eine Weiterentwicklung der heutigen CO<sub>2</sub>-Abgabe in eine echte Lenkungsabgabe auf Brennstoffe ohne Teilschweibindung macht meines Erachtens zwar mehr Sinn als die heutige Subventionspolitik. Sie muss aber zwingend haushaltsneutral sein. Keinesfalls darf sie zu einer neuen Steuer verkommen. Eine weitere Abgabe auf

Treibstoffe lehne ich hingegen klar ab. Ausserdem müssen sich Energie- und treibhausgasintensive Unternehmen auch weiterhin von der CO<sub>2</sub>-Abgabe befreien lassen können, wenn sie ihre Hausaufgaben schon gemacht haben. Schweizer Unternehmen sind bereits durch den starken Franken massiv belastet. Noch grössere Bürden trägt es nicht.

**Das Verhältnis der Schweiz zur EU gibt mehr und mehr zu reden. Wo stehen Sie?**

Der Volkswille ist klar: Die Schweiz will nicht in die EU. Darum soll das EU-Beitrittsgesuch vom 20. Mai 1992 zurückgezogen werden. Das würde innenpolitisch Klarheit schaffen und die Verhandlungsposition der Schweiz in Brüssel stärken. Denn der bilaterale Weg soll weitergeführt werden. Der Bundesrat und unsere Behörden müssen die Interessen unseres Landes verteidigen und Sicherheit, Neutralität und Wohlstand fördern. Dazu gehören gute politische Kontakte und Verhandlungen auf Augenhöhe.

*Interview: Ueli Frei*

## Christoph Buser in den Ständerat

- ✚ Wohnort: Füllinsdorf
- ✚ Jahrgang: 1971
- ✚ Beruf: Ökonom, Direktor Wirtschaftskammer Baselland
- ✚ Politik: Landrat, Parteileitung FDP BL
- ✚ Familie: verheiratet, zwei Kinder



Christoph Buser wurde im Jahr 2007 in den Landrat gewählt, wo er Einsitz in der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission und in der Umweltschutz- und Energiekommission hat. Im Landrat setzt sich der FDP-Politiker stets dezidiert für bürgerliche Lösungen ein. Er gilt als ein Politiker, der Klartext spricht, und dem es gelingt, ohne Scheuklappen Koalitionen zu bilden, um die bestmöglichen Lösungen zu finden.

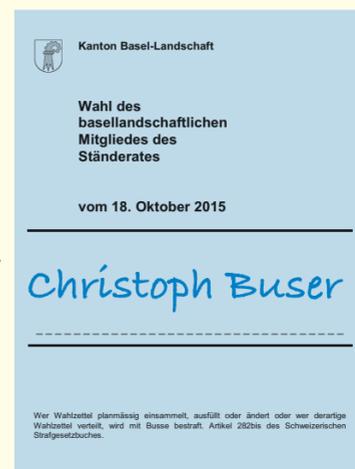
Christoph Buser ist seit dem 1. September 2012 Direktor der Wirtschaftskammer Baselland. Er hat an der Georgetown University in Washington D.C. sowie an der Universität Basel studiert und verfügt über einen Master-Abschluss in Wirtschaftswissenschaften (lic. rer. pol.). Er ist 44 Jahre alt, verheiratet, Vater einer Tochter und eines Sohnes und wohnt mit seiner Familie in Füllinsdorf.

[christoph-buser.ch](http://christoph-buser.ch)

# Ganz einfach – richtig wählen

## Wahlanleitung Ständerat

1. Nehmen Sie den blauen Wahlzettel aus den Unterlagen.
2. Setzen Sie die Namen von Christoph Buser handschriftlich ein.
3. Legen Sie den ausgefüllten, blauen Wahlzettel zusammen mit der SVP Liste 3 in ein kleines Couvert.
4. Unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis.
5. Kleines Couvert und Stimmrechtsausweis so ins grosse Couvert stecken, dass die Adresse im Fenster erscheint.
6. Couvert verschliessen, frankiert in den nächsten Briefkasten oder unfrankiert direkt bei der Gemeindeverwaltung einwerfen.



Wer Wahlzettel planmässig einsammelt, ausfüllt oder ändert oder wer derartige Wahlzettel verteilt, wird mit Busse bestraft. Artikel 282bis des Schweizerischen Strafgesetzbuches.

## Das sagen andere über ihn:

### Christine Frey, Präsidentin FDP BL

Christoph Buser kämpft für einen starken Wirtschaftsstandort Schweiz, für den sorgfältigen Umgang mit den öffentlichen Finanzen und für eine qualitativ gute Bildung ohne ständige Bildungsbaustellen.

### Oskar Kämpfer, Präsident SVP BL

Seit Jahren hat sich Christoph Buser den Kampf gegen den drohenden Verkehrskollaps in der Nordwestschweiz auf die Fahne geschrieben. Als Ständerat bringt er diesen Kampf endlich aufs nationale Parkett.

### Marc Scherrer, Präsident CVP BL

Christoph Buser steht für eine Politiker-Generation, die dynamisch, frisch und dossiersicher politisiert – und dies mit dem klaren Ziel einer Lösung im Interesse unseres Kantons.

# Ganz einfach – richtig wählen

## Wahlanleitung Nationalrat

1. Trennen Sie die SVP Liste 3 von den übrigen Wahlzetteln.
2. Einfachste Formel: Legen Sie die SVP Liste 3 unverändert und zusammen mit dem blauen, ausgefüllten Regierungsratswahlzettel ins kleine Couvert.
3. Unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis.
4. Kleines Couvert und Stimmrechtsausweis so ins grosse Couvert stecken, dass die Adresse im Fenster erscheint.
5. Couvert verschliessen, frankiert in den nächsten Briefkasten oder unfrankiert direkt bei der Gemeindeverwaltung einwerfen.

Wahlzettel  
Nationalratswahlen 2015  
18. Oktober 2015

---

**Schweizerische Volkspartei / SVP  
Liste 3**

Kand-Nr.	Name, Geburtsdatum/Jahrgang, Titel, Beruf, Ort
0301	<b>de Courten Thomas</b> (bisher), 29.07.1966, eidg. dipl. Betriebsökonom, Unternehmer, 4497 Rünenberg
0302	<b>Mall Caroline</b> , 09.08.1967, Kauffrau / Studentin, 4153 Reinach
0303	<b>Schäfli Patrick</b> , 30.10.1971, Betriebsökonom HWV / Unternehmer, 4410 Liestal
0304	<b>Sollberger Sandra</b> , 27.10.1973, Eidg. dipl. Malermeisterin / Geschäftsführerin, 4416 Bubendorf
0305	<b>Straumann Dominik</b> , 13.05.1976, Unternehmer, 4132 Muttenz
0306	<b>Weibel Hanspeter</b> , 30.07.1953, Lic. oec. HSG / selbst. Unternehmer, 4103 Bottmingen
0307	<b>Wunderer Jacqueline</b> , 18.03.1964, Unternehmerin / ehem. Ermittlerin Bundeskriminalpolizei, 4244 Röschenz

Wer Wahlzettel planmässig einsammelt, ausfüllt oder ändert, oder wer derartige Wahlzettel verteilt, wird mit Busse bestraft. – Art. 282<sup>ter</sup> des Schweizerischen Strafgesetzbuches.

# Eine gute Wahl



18. Oktober 2015

**In den Nationalrat**

[www.svp-bl.ch](http://www.svp-bl.ch)

Thomas de Courten  
Caroline Mall  
Patrick Schäfli  
Sandra Sollberger  
Dominik Straumann  
Hanspeter Weibel  
Jacqueline Wunderer

In den Ständerat: Christoph Buser

## Liste 3



### Kumulieren

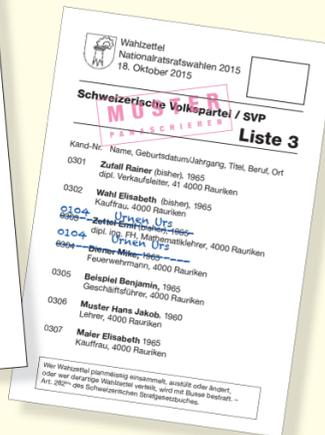
Sie streichen einen vorgedruckten Namen und setzen handschriftlich Nummer und Name eines anderen Kandidaten der Liste 3 darüber. Dieser Kandidat erhält nun zwei Stimmen.

### Panaschieren

Sie streichen einen vorgedruckten Namen und setzen handschriftlich Nummer und Name eines anderen Kandidaten einer anderen Liste darüber.

### Die einfachste Formel:

Geben Sie die **Liste 3** unverändert ab.



## Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

**Gratis-Hotline: 0800 002 444**

Kostenlose kompetente Auskunft! Ab dem 14. September bis am 17. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2015 informieren. Wir sind von Montag bis Freitag von 11.00 – 19.00 Uhr und am Samstag von 9.00 – 15.00 Uhr für Sie da. **Fragen per Mail: [wahlen@svp.ch](mailto:wahlen@svp.ch)**

18. Oktober 2015

